



Plenarprotokoll

12. Sitzung

Kiel, Freitag, 30. September 2005

Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark	746	a) Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!	760
Landtagsbeschluss vom 16. Juni 2005 Drucksachen 16/113 und 16/139		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/157	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/253		b) Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“	760
Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	746	Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/218	
Anke Spoorendonk [SSW].....	748, 760	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	761
Susanne Herold [CDU]	750	Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	762, 771
Rolf Fischer [SPD].....	751	Manfred Ritzek [CDU]	764
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	754	Rolf Fischer [SPD].....	766
Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	755	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	768
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	757	Anke Spoorendonk [SSW].....	769
Ingrid Franzen [SPD]	759	Beschluss: 1. Nummer 2 des Antrages Drucksache 16/157 durch Bericht- erstattung der Landesregierung erledigt	
Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 16/253 an den Europa- ausschuss und den Wirtschafts- ausschuss zur abschließenden Be- ratung	760	2. Überweisung der Nummern 1 und 3 des Antrages Drucksache	
Gemeinsame Beratung			

16/157 an den Europaausschuss und den Bildungsausschuss

3. Überweisung des mündlichen Berichts der Landesregierung an den Europaausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung

4. Überweisung des Antrages Drucksache 16/218 an den Europaausschuss.....

771

Mitwirkung des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei der Subsidiaritätskontrolle und dem Frühwarnsystem im Zuge europäischer Gesetzgebungsverfahren.....

772

Landtagsbeschluss vom 16. Juni 2005

Drucksache 16/110

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa 772

Manfred Ritzek [CDU] 774

Astrid Höfs [SPD] 776

Wolfgang Kubicki [FDP] 777

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 777

Anke Spoorendonk [SSW] 778

Beschluss: Überweisung des mündlichen Berichts an den Europaausschuss zur abschließenden Beratung 779

* * * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Erkrankt ist die Abgeordnete Anna Schlosser-Keichel. Wir wünschen der Kollegin von dieser Stelle erneut gute Besserung. Beurlaubt sind die Abgeordneten Karl-Martin Hentschel und Werner Kalinka. Frau Ministerin Dr. Trauernicht ist für den heutigen Tag ebenfalls beurlaubt.

(Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist die FDP auch entschuldigt?)

- Dazu äußere ich mich nicht. - Ich habe gehört, dass Herr Abgeordneter Stritzl für heute ebenfalls beurlaubt ist.

Ich begrüße auf der Besuchertribüne die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte der Realschule aus Bad Bramstedt. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

(Unruhe)

Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark

Landtagsbeschluss vom 16. Juni 2005

Drucksachen 16/113 und 16/139

Bericht der Landesregierung

Drucksache 16/253

Ich erteile das Wort dem Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Herrn Uwe Döring, und niemandem sonst, wenn ich das angesichts des Lärmpegels der Kolleginnen und Kollegen kritisch anmerken darf.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich begrüße alle ganz herzlich. Wir haben heute so etwas wie einen Europatag, aber es ist auch einmal ganz schön, dass man diese Dinge hintereinander berät und damit auch den Kontext sieht.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ich wusste natürlich, dass viel Management dahinter stand, Herr Kollege Astrup.

Ich verweise zunächst auf den vorliegenden Bericht. Da auch Ministerpräsident Carstensen nachher zum Thema sprechen wird, werde ich nur zu einigen Punk-

(Minister Uwe Döring)

ten des Berichts genauere Ausführungen machen. Sie gestatten mir, das an einer konkreten Stelle festzumachen. Nicht nur als Europaminister, sondern auch als Arbeitsminister habe ich allen Grund, die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit voranzutreiben. Wenn in Dänemark Fachkräftemangel herrscht, gleichzeitig aber auf deutscher Seite beispielsweise in der Baubranche ein Überhang an Kräften vorhanden ist, ist es dringlichst, dass wir uns in dieser Region zusammensetzen und die Möglichkeiten eines gemeinsamen Arbeitsmarktes nach Kräften fördern, um bestehende Hindernisse zu beseitigen und Potenziale auszuschöpfen.

Wenn wir über die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** zwischen **Dänemark** und **Deutschland** sprechen, reden wir erstrangig natürlich über unsere Landesgrenze im Norden. Dazu führt der Ministerpräsident nachher auch noch aus. Ich möchte im Zusammenhang mit diesem Bericht den Blick daher auch auf die anderen Bereiche richten, in denen wir mit unserem Nachbarn Dänemark über die See hinweg nachbarschaftlich verbunden sind und die für uns absehbar erheblich an Bedeutung gewinnen werden.

Mit der Querung des Großen Belts und des Øresunds ist in Dänemark längst eine Verbindung entstanden, die für neue Wachstumsschübe sowohl in Jütland als auch im Großraum Kopenhagen gesorgt hat. Es ist an uns, nun den nächsten Schritt zu tun, uns einzubringen, um an der Wachstumsregion, die dort entsteht, teilzuhaben. Ich habe mit unseren Partnern in Dänemark und Südschweden in den letzten Monaten bereits mehrfach darüber gesprochen und ich kann Ihnen versichern, es bestehen große Erwartungen und Hoffnungen, das Schleswig-Holstein Teil dieser Region wird. Die feste **Fehmarnbelt-Querung** ist Voraussetzung dafür, dass wir mit Hamburg von der Wirtschaftsregion **südliche Ostsee** maßgeblich profitieren.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Fehmarnbelt-Querung entsteht nicht nur eine symbolische, sondern auch eine ganz praktische Verbindung, die den südlichen Landesteil näher an die Großregion Kopenhagen-Malmø heranbringt. Das Kräfteparallelogramm Skåne - Seeland - Schleswig-Holstein - Hamburg kann ganz neue Perspektiven im Norden schaffen, wenn wir sie gemeinsam mit unseren Partnern entschieden anpacken. Ein entscheidender Vorteil dabei ist die Lage zwischen zwei Metropolregionen, die so nahe beieinander liegen wie sonst selten in Europa. Dazu eine strategische Perspektive gemeinsam mit den dänischen Nachbarn zu entwickeln, ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für unser Land.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist gelebte grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Dabei darf allerdings der nördliche Landesteil nicht abgehängt werden. Das wird das Kunststück sein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Aber ich denke, mit dieser Perspektive kann auch die unmittelbare deutsch-dänische Grenzregion eine neue Funktion und Bedeutung erhalten. Hier sind bereits viele Felder in der praktischen Zusammenarbeit bestellt. Hier gibt es eigenständig wachsende Foren, die die deutsch-dänische Zusammenarbeit im Alltag praktizieren. Wir sollten dies entsprechend fortführen. Hier wird an vorderster und vordringlichster Stelle das Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten praktiziert und mit Leben erfüllt. **Minderheitenpolitik** ist und bleibt dabei - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal versichern - ein wesentlicher Faktor für alle Bereiche, die mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu tun haben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie darf nicht bloßes Aushängeschild sein, sondern sie muss in allen Fachpolitiken unseres Landes ihren Niederschlag finden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich sage an dieser Stelle auch: Als Europaminister sehe ich mich im Kabinett ein bisschen als Fürsprecher dieser Grenzregion. Ich werde Ihnen versprechen, diese Aufgabe auch wahrzunehmen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der Herr Ministerpräsident wird es gleich weiter ausführen. Sie baut auf unsere vorhandenen Ressourcen und Kontakte, die hier eingesetzt werden können. Wir haben große Potenziale in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit, die uns die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark bietet. Wir müssen sie nutzen. Dies wird Aufgabe dieser Regierung sein. Wir werden es in Angriff nehmen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Minister und gehe davon aus, Herr Ministerpräsident, dass Sie das Wort jetzt ergreifen wollen. Oder wollen wir erst die Debatte führen? - Wir führen erst die Debatte, wie es die Regierung wünscht.

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die antragstellende Gruppe, den SSW, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal möchte ich mich ausdrücklich bei der Landesregierung und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen sehr informativen und umfassenden Bericht über die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** zwischen **Deutschland** und **Dänemark** bedanken.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Der Bericht macht deutlich, dass wir in den letzten Jahren gemeinsam viel erreicht haben. Trotz des bisher Erreichten gilt immer noch der Satz: Stillstand ist Rückschritt. Deswegen hat der SSW diese Debatte über die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beantragt. Wir wollten von der Landesregierung wissen, wie sie sich die Fortsetzung dieser für den nördlichen Landesteil so wichtigen Zusammenarbeit vorstellt. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass grenzüberschreitende Kooperation mehr ist als nur die Zusammenarbeit in unserem deutsch-dänischen Grenzland. Ich will mich trotzdem hauptsächlich darauf konzentrieren, weil diese Zusammenarbeit auch eine andere Qualität hat.

Dabei begrüßt der SSW, dass die Landesregierung in ihrem Bericht klarstellt, dass die Unterschiede in den Sozial- und Steuersystemen nicht die entscheidende Barriere der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellt. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Bonn-Kopenhagener-Erklärung haben die Bundesregierung und die dänische Regierung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter Teilnahme von Experten beider Länder versuchen soll, etwaige Probleme zu reduzieren, die für **Grenzpendler** durch die unterschiedlichsten Systeme entstehen oder entstehen könnten. Die Unterschiede in den Steuer- und Sozialsystemen beider Länder wird man niemals ganz beseitigen können, aber man kann sie minimieren. Dies wird demnächst auch geschehen. Das heißt, diese Problematik stellt aus unserer Sicht dann kein entscheidendes Hindernis mehr für die Grenzpendler und für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dar.

Es geht jetzt vielmehr darum, dass wir gemeinsam die kulturellen und psychologischen Barrieren überwinden, die beiderseits der Grenze immer noch vorhanden sind. Dabei müssen wir erkennen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an einem Scheideweg steht.

Zum einen ändert sich die kommunale Struktur auf der dänischen Seite entscheidend. Im Bericht der Landesregierung wird dies auch angesprochen. Denn in Zukunft wird es nördlich der Grenze kein Sønderjyllands Amt, sondern vier Großkommunen geben, die zur neuen Region Syddanmark gehören. Die Region Syddanmark wird ab 2007 aus den vier Landkreisen Sønderjyllands Amt, Vejle Amt, Ribe Amt und Fyns Amt gebildet und damit werden hier fast 1,1 Millionen Menschen wohnen.

Das heißt, die **Region Syddanmark** wird damit an den Landesteil Schleswig, die K.E.R.N.-Region und Ostholstein/Lübeck angrenzen. Allein aus dieser Tatsache heraus ergeben sich Konsequenzen für die zukünftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Zum anderen erleben wir in diesen Jahren eine Konzentration der wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins auf die Zentren Kiel und Lübeck sowie auf den Hamburger Rand.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Auch der SSW begrüßt eine starke wirtschaftliche Entwicklung im Süden des Landes. Der Bau einer Fehmarnbelt-Querung wird diese Tendenzen noch verstärken. Deshalb sehen wir mit Sorge auf die Entwicklungsmöglichkeiten des nördlichen Landesteils. Noch haben wir im Norden viele Industriebetriebe und zukunftsfähige Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen. Aber der Arbeitsplatzabbau der letzten Jahre - zum Beispiel bei Motorola oder Danfoss - ist ein Warnsignal. Wenn der **nördliche Landesteil** nicht zu einem Freizeitpark reduziert werden soll, müssen wir jetzt handeln, um diese Zusammenarbeit in den deutsch-dänischen Grenzregionen zu vertiefen und auszubauen.

Dabei hat die Landesregierung Recht. Sie sagt in ihrem Bericht nämlich, dass die Region Sønderjylland-Schleswig eine grenzüberschreitende Wirtschaftsregion sei und dass die **deutsch-dänische Grenzregion** als gemeinsamer, attraktiver Wirtschaftsstandort erkennbar sein müsse.

Der SSW widerspricht aber, wenn gesagt wird, dass dazu in erster Linie das Engagement der regionalen Akteure vor Ort notwendig sei. Das regionale Engagement ist natürlich eine entscheidende Voraussetzung für diese Zusammenarbeit, aber genauso wichtig wird in Zukunft die Rolle der Landesregierung sein. Denn nur die Landesregierung kann im Grunde auf gleicher Augenhöhe mit der neuen Region Syddanmark agieren.

Wir wollen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Landespolitik in Zukunft den gleichen Stellenwert erhält wie zum Beispiel die Zusam-

(Anke Spoorendonk)

menarbeit mit Hamburg. Oder anders formuliert: Für uns im Norden - für unsere Zukunftschancen - ist sie genauso wichtig wie die Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Hamburg. Sie braucht also einen neuen Schub.

Der SSW setzt sich daher für folgende Eckpunkte in der künftigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein:

Erstens. Die Zusammenarbeit muss als gemeinsame strategische Perspektive des nördlichen Landesteils und Süddänemarks begriffen werden, um Wachstum und neue Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen. Diese Zielsetzung gilt nicht nur für die regionalen Akteure, sondern auch für die Entscheidungsträger auf Landesebene und in der neuen Region Süddänemark.

Zweitens. Die Landesregierung muss eine viel aktivere Rolle als bisher bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spielen. Die Zeit der Sonntagsreden und Symbolhandlungen sollte jetzt wirklich vorbei sein. Wir fordern, dass sich die Landesregierung als aktive Partnerin einbringt, damit wir künftig in dieser Zusammenarbeit einen echten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger der Region erreichen.

Die Landesregierung muss aus unserer Sicht also anstoßen, inspirieren und ausloten, welche Projekte gemeinsam mit den regionalen Akteuren und den dänischen Partnern umgesetzt werden können. Deshalb können wir zum Beispiel auch nicht akzeptieren, dass sich die Landesregierung an der Erarbeitung eines Konzepts für einen grenzüberschreitenden **Arbeitsmarkt** bisher nicht beteiligt hat. Es reicht nicht aus, Arbeitslose südlich der Grenze einfach auf Jobmöglichkeiten in Dänemark zu verweisen. Ich habe bereits in anderen Zusammenhängen gesagt: Es ist auch keine Strategie, dass wir die Arbeitslosigkeit einfach exportieren. Es muss verhandelt und genau gesehen werden, wo Flaschenhalsprobleme bestehen und wie man aufeinander zugehen kann.

Auch an die Formulierung einer gemeinsamen Wirtschaftsentwicklungsstrategie, die ja bereits - wie im Bericht erwähnt - im Rahmen eines INTERREG-Projekts erarbeitet wird, sollte die Landesregierung ein aktives Interesse haben und sie nicht nur den regionalen Akteuren überlassen.

Drittens. Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** muss innerhalb der **Landesregierung** besser koordiniert werden. So kann es nicht angehen, dass die Landesregierung auf der einen Seite den hohen Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unterstreicht, andererseits aber zum Beispiel für den Rückgang des Dänisch-Unterrichtes an den öf-

fentlichen Schulen im Landesteil Schleswig, für die Unterfinanzierung der Universität Flensburg und für fehlende Zuschüsse an grenzüberschreitende Kulturprojekte verantwortlich ist. Aus Sicht des SSW muss die Landesregierung bei ihren Entscheidungen immer auch die Folgen für die nördliche Region und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Auge haben.

Viertens. Die Aufgabenteilung zwischen dem Land, der Region Syddanmark und den kommunalen Akteuren auf beiden Seiten der Grenze muss klar definiert und ohne Rücksicht auch auf persönliche Befindlichkeiten optimiert werden. Wir begrüßen, dass man sich im Rahmen eines Workshops vor Ort darüber geeinigt hat, die Arbeit der Region Schleswig/Sønderjylland auch in Zukunft fortzusetzen. Gleichzeitig gibt es Bestrebungen, den Regionalrat von 44 auf 22 Mitglieder zu reduzieren. Dies ist auch notwendig. Denn wir brauchen schlankere Strukturen. Dabei ist besonders wichtig, dass das Regionskontor in Bov erhalten bleibt und zu einer zentralen Anlauf- und Informationsstelle der Region ausgebaut wird.

Weiter muss das INTERREG-Programm der EU unbedingt fortgesetzt werden, wobei wir in der Frage, wo denn künftig die entsprechende INTERREG-Verwaltung angesiedelt werden soll, sicherlich flexibel sein müssen. Wir erwarten aber, dass das Land ab 2007 mit der **Region Syddanmark** eine konkrete und verbindliche **Zusammenarbeit** anstrebt, zum Beispiel durch einen gemeinsamen Vertrag über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wir wissen ja, dass es einen Vertrag gibt. Das heißt, man könnte dies durch eine Novellierung dieses Vertrages bewirken.

Fünftens. Die Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit müssen sich konkrete Ziele hinsichtlich dessen setzen, was in den nächsten Jahren gemeinsam erreicht werden soll. Dabei ist es aus unserer Sicht unerheblich, ob wir von Leitlinien oder von einer Vision sprechen. Es geht darum, sich bei der gemeinsamen Zielsetzung auf messbare und nachprüfbar Kriterien zu einigen. Man könnte sich zum Beispiel darauf einigen, den jeweiligen Anteil der Dänisch- und Deutsch-Schüler an den öffentlichen Schulen nördlich und südlich der Grenze und den Anteil der Studierenden bei den grenzüberschreitenden Studiengängen um ein Drittel sowie den Zuschuss für grenzüberschreitende Kulturprojekte um 50 % bis 2010 zu erhöhen. Also, konkrete und messbare Kriterien müssen meiner Meinung nach die Richtung sein.

Kurzum: Wir kommen nur weiter, wenn wir unsere Zielsetzungen konkretisieren und klar aufzeigen, was

(Anke Spoorendonk)

wir erreichen wollen. Dann machen wir einen Sprung nach vorne in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Natürlich weiß auch der SSW, dass die Umsetzung dieser von mir genannten Eckpunkte nicht einfach sein wird. Es kommt entscheidend auf den guten Willen an - der ist ja vorhanden - und es kommt auch auf die Einsicht aller Beteiligten auf beiden Seiten der Grenze an. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird sich der SSW in gewohnter Weise auch als Brückenbauer zwischen Deutschland und Dänemark - so sehen wir uns ja - weiterhin voll einsetzen. Ich sage noch einmal: Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Susanne Herold das Wort.

Susanne Herold [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stehen vor der Herausforderung einer zunehmenden Globalisierung auch in Europa, die durch die EU-Erweiterung eine neue Qualität erfahren hat. Umso wichtiger ist es deshalb - wenn wir uns im Europa der Regionen behaupten wollen -, dass wir zielgerichtete Strukturen entwickeln, die unsere Partner an uns binden und die Stärkung der gesamten Region mit sich bringen. Mit Dänemark, unserem unmittelbaren Nachbarn im Norden, verbinden uns unverwechselbare kulturelle, historische und politische Beziehungen.

Seit 1987 entwickelt sich nunmehr kontinuierlich die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** zwischen dem Landesteil Schleswig und Sønderjyllands Amt. Bis heute hat sich ein Netzwerk unterschiedlicher Formen und Foren der Zusammenarbeit mit **Dänemark** entwickelt. Dies macht auch der nunmehr zweite gesondert vorliegende Bericht zur Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit deutlich. Allein innerhalb der letzten zwei Jahre sind erhebliche Fortschritte bei einer zielführenden Kooperation zwischen Deutschland und Dänemark erreicht worden.

Leider geht der Bericht über eine Beschreibung der laufenden Programme und Projekte in der Region nur geringfügig hinaus. Im Ausblick wird darauf verwiesen, die praktischen Auswirkungen der Strukturreform auf dänischer Seite abzuwarten. Hier bin ich grundsätzlich anderer Auffassung, als der Bericht es ausweist. Es kann nicht sein, dass wir abwarten, bis sich die neuen Strukturen in Süddänemark etabliert haben. Es müssen jetzt regional, aber auch vonseiten

der Landesregierung weitere Verhandlungen geführt werden, die die zukünftige Zusammenarbeit regeln.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Die Kollegin sagte es schon: Ab dem 1. Januar 2007 wird die neue **Region Syddanmark** an die Stelle der bisherigen Amtskommunen Fyn, Ribe, Sønderjylland und teilweise Vejle treten. Das heißt, dass damit 1,2 Millionen Einwohner - das sind 22 % der dänischen Bevölkerung - zukünftig ein gewichtige Partner für Schleswig-Holstein sein werden. Wir Schleswig-Holsteiner müssen uns gemeinsam mit den Dänen der nahenden Strukturreform stellen und jetzt Weichen stellen, die einer zunehmenden Kooperation der gesamten Region förderlich sind.

Der vorliegende Bericht stellt deutlich heraus, an wie vielen Stellen und in wie vielen Gremien grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert wird. Es wird aber ebenfalls deutlich, dass es kein einheitliches Konzept gibt. Es gibt kein durchschlagkräftiges Gremium, das das Zusammenwirken der regional Handelnden koordiniert und optimiert. Die anstehende **Reform der kommunalen Strukturen in Dänemark** darf nicht dazu führen, dass sich auf dänischer Seite alles gen Norden orientiert. Vielmehr muss **Flensburg** zum Zentrum der Region werden.

(Beifall bei CDU und SSW)

In einem Zehn-Punkte-Programm haben Jorgen Mads Clausen, der Chef von Danfoss, Klaus Tscheuschner, der Oberbürgermeister Flensburgs, als auch der ehemalige Wirtschaftsminister Bernd Rohwer vereinbart, unter Beteiligung verschiedener Interessengruppen eine wirtschaftliche Zukunftsstrategie für die Region zu entwickeln und die Grenze für **Berufspendler** und damit für den **Arbeitsmarkt** durchlässiger zu machen. Wie wir wissen, haben kurz danach Nachbundeskanzler Schröder und der dänische Staatsminister Anders Fogh Rasmussen ebenfalls vereinbart, das Pendeln über die Grenze einfacher gestalten zu wollen. Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Staatssekretär Thönnies installiert. Da es wenig Sinn macht, wenn sich mehrere Ebenen getrennt voneinander mit der gleichen Thematik befassen, ruhen in der Region seitdem die Aktivitäten. Ich denke, es ist wichtig, dass die Region selbst, dass Schleswig-Holstein das Heft des Handelns wieder in die Hand nimmt.

(Beifall bei CDU und SSW)

Wir sollten gemeinsam mit den Akteuren in der Region kurzfristig Maßnahmen vereinbaren und umsetzen. Im Mittelpunkt steht die Stärkung wirtschaftlicher Schwerpunkte, so genannter Cluster, die in einer Clusteranalyse für Schleswig-Holstein und Dänemark

(Susanne Herold)

entwickelt wurden. Nach der von Danfoss in Auftrag gegebenen Studie werden hier vor allen Dingen in den Wirtschaftsbereichen Tourismus, Mechatronik und Nahrungsmittelindustrie Potenziale gesehen. Hier gilt es, anzusetzen und klare, effektive und einheitliche Organisationsstrukturen zu schaffen.

Frau Kollegin Spoorendonk hat darauf hingewiesen: So ist das Ansinnen, den **Regionalrat Schleswig-Sønderjylland** um die Hälfte zu verkleinern und dieses Gremium zukünftig nur noch mit einem Vorsitzenden zu besetzen, ein Signal in die richtige Richtung. Ebenfalls soll die Zahl der deutsch-dänischen Fachausschüsse von jetzt sechs auf zwei reduziert werden, um dadurch effizientere Strukturen und schnellere Entscheidungen zu schaffen. Auch hier gilt die Devise: Weniger ist manchmal mehr. Die Region selbst drückt dabei aufs Tempo, denn schon im November soll der Regionalrat die notwendigen Beschlüsse fassen.

Mit der von Jorgen Mads Clausen vorgelegten Clusteranalyse Schleswig-Holstein und Sønderjylland, der nunmehr vorliegenden Wirtschaftsstrategie und dem Zehn-Punkte-Programm, das vom Wirtschaftsministerium positiv begleitet wird, bestehen wertvolle Ansätze für eine konkrete zielgerichtete Umsetzung einer erfolgreichen Zusammenarbeit. Diese Chancen müssen jetzt genutzt und unter der Leitung eines Regionsmanagers gebündelt umgesetzt werden.

Auch das Land Schleswig-Holstein muss sich positionieren. So wäre eine Veränderung des Beobachterstatus im Regionalrat hin zu einem offiziellen Vertragspartner ein möglicher Ansatz, um auch von Landesseite konstruktiv Einfluss auf die **deutsch-dänische Kooperation** zu nehmen. Ein besonderes Augenmerk gilt es, auch auf die Fortsetzung der INTERREG III-Förderung nach 2006 zu richten. INTERREG hat sich als Förderinstrument für die Zusammenarbeit in den Grenzregionen bewährt. Deshalb ist die Bundesregierung aufgefordert, die Strukturförderung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur an den Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten zu unterstützen, sondern auch eine weitere Förderung der Kooperation Schleswig-Holsteins mit seinen skandinavischen Nachbarn zu ermöglichen. An dieser Stelle möchte ich mich bei unserem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen bedanken.

(Heiterkeit)

- Wir haben gestern zusammen gegessen. Herr Carstensen erklärt das nachher. Ich möchte mich bei dem Ministerpräsidenten bedanken, der die deutsch-dänische Kooperation bereits in seiner Regierungserklärung als einen Schwerpunkt hervorgehoben hat.

(Beifall bei CDU und SSW)

Herr Carstensen hat erste Gespräche mit verantwortlichen regionalen Akteuren aufgenommen. Bei einem Treffen mit Amtsbürgermeister Holst wurde die Etablierung eines Grenzrates angeregt. Herr Ministerpräsident, ich hätte nur eine Bitte an Sie: Unterstützen Sie bitte eine Bündelung der Interessen sowie der Institutionen und Gremien im Sinne einer effektiven und zukunftsweisenden Zusammenarbeit. Über die genaue Bezeichnung des Gremiums sollten wir noch einmal nachdenken, denn die Bezeichnung Grenzrat betont die Grenze und damit das Trennende. Lassen Sie uns also lieber nach einem Begriff suchen, der das Gemeinsame betont.

Abschließend möchte ich noch auf eines hinweisen: Wir alle verfolgen sehr interessiert die intensive Diskussion zur Metropolregion Hamburg. Ganz ohne Frage kann eine wachsende Zusammenarbeit mit Hamburg großen Teilregionen unseres Landes gute Wachstumspotenziale bieten, die es auch zu nutzen gilt. Der Norden unseres Landes lässt sich aber nur schwer in diesen Metropolgedanken einbinden.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Herr Hay, umso mehr kommt es für unser Land darauf an, eine Mehrmarkenstrategie zu fahren. Touristisch sind wir das Land zwischen den Meeren. Wirtschaftlich sind wir das Land zwischen der Metropole Hamburg und dem wirtschaftsstarken Dänemark, in dem nahezu Vollbeschäftigung herrscht. Lassen Sie uns die Chancen nicht nur in Richtung Süden, sondern auch in Richtung Norden nutzen. Ich beantrage für die CDU-Fraktion die Überweisung an den Europaausschuss.

(Beifall bei CDU, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Herold und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zuerst dem Ministerium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank für den Bericht sagen. Ich stelle den Dank auch deshalb an die erste Stelle, weil die Verfasser meiner Meinung nach nicht der Versuchung erlegen sind, diesen Bericht statistisch aufzupumpen. Er ist konkret und sachorientiert. Vor allem aber bringt er klar auf den Punkt, was ist. Wir stehen nämlich am Beginn einer neuen Phase der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit

(Rolf Fischer)

unseren Nachbarn. Ich sage voraus, dass es so einen Bericht wie diesen, der - so glaube ich - der zweite ist, in dieser Form nicht mehr geben wird. Den nächsten Bericht werden wir in einer ganz anderen Form vorgelegt bekommen und diskutieren müssen. An dieser Stelle aber noch einmal ein Dank für diese konkrete Zusammenfassung an das Ministerium. Wie gesagt, es geht um eine neue politische Qualität der Kooperation. Es geht um nicht mehr und nicht weniger.

Frau Herold hat darauf verwiesen: Wenn der Bericht darauf hinweist, erst die Konstituierung des Regionalparlaments und der Verwaltung abzuwarten, so habe ich dies eher so verstanden, dass dies bezogen auf den Abschluss von Verträgen oder von verbindlichen Vereinbarungen gemeint ist. Es ist richtig - und der Bericht schließt es auch nicht aus -, dass wir schon jetzt damit beginnen, uns zu positionieren und unsere Ideen in diesen Prozess hineinzubringen, denn es ist nachzulesen, dass schon 2006 auch auf dänischer Seite die ersten Überlegungen für Strukturveränderungen vorgenommen werden. Es ist dann natürlich nur verständlich, wenn auch wir uns positionieren und sagen, was wir uns vorstellen, in diese neue Partnerschaft hineinzubringen. So habe ich das verstanden. Ich denke, dass wir diese Arbeit leisten müssen. Das tun wir auch. Es stehen erhebliche Veränderungen an.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz Carl Holst zitieren, Amtsbürgermeister in Apenrade, der im „Nord-schleswiger“ vier Punkte genannt hat, die, wie ich glaube, für uns auch relevant werden. Er verweist auf eine neue Beziehung Kopenhagen Berlin, auf die Zuständigkeit der Region Syddanmark für die INTER-REG-Förderung, eine gemeinsame Strategie für die neue Region mit Blick auf das im April 2006 schon beginnende Wachstumsforum sowie eine neue Definition der **grenzüberschreitenden Kooperation**.

Das sind Perspektiven, liebe Kolleginnen und Kollegen, die erhebliche Konsequenzen für unsere bisherige Arbeit zeitigen werden und auch für die Akteure, die damit zu tun haben. Lassen Sie mich deswegen an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Aufgrund der Größe und der Bedeutung der Veränderungen ist es nur zu begrüßen, dass der Ministerpräsident und der Europaminister das zu einer Chefsache gemacht haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Richtig ist, dass wir, das heißt die Landesebene, die bisher den politischen Prozess im Grenzland natürlich auch aktiv begleitet hat, nun zu einem eigenständigen Akteur werden muss. Insofern teile ich die Auffassung von Kollegin Spoorendonk, die auf diese besondere Verpflichtung hingewiesen hat.

Die neue **Region Syddanmark** mit 1,2 Millionen Einwohnern - ich bitte aber auch, darauf hinzuweisen, dass es nicht nur um die Einwohnerzahl dieser Region geht - ist eine Region mit sehr vielen wissenschaftlichen Einrichtungen, mit touristischen Angeboten, auch mit mittelständischen Firmen und das wird für uns eine ganz andere Konsequenz zeitigen als der enge Grenzraum, den wir bisher gesehen haben. Das heißt, dort müssen wir schon eine Region insgesamt neu betrachten, wenn wir nicht Chancen vergeben wollen, die uns jetzt zufliegen können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir ziehen also neben den regionalen Gremien eine zweite politische Ebene ein. Das heißt, wir müssen lernen, in einer neuen und mit neuen Großregionen zu denken und zu handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an dieser Stelle schon darauf hinweisen: Es entsteht auch ein neues Regionalparlament. Da entsteht intern in Dänemark eine ganz neue Struktur, die wir - außenpolitisch dürfen wir das gar nicht - natürlich bewerten müssen. Das heißt, dort bekommt diese neue Region intern in Dänemark einen ganz neuen, größeren Stellenwert. Deswegen ist es nur richtig zu sagen, an dieser Stelle müssen wir als Parlament dafür plädieren, auch mit dem neuen Parlament in eine Kooperation einzutreten und dort eine Parlamentspartnerschaft - Sie wissen, dass ich immer darauf hinweise, dass auch das Parlament dort aktiv ist -, also nicht nur eine Regierungspartnerschaft, sondern eine neue **parlamentarische Zusammenarbeit** aufzubauen. Dem müssen wir uns stellen und das müssen wir dann auch im Ausschuss diskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Satz vielleicht noch, weil vorhin auch die Akteure angesprochen wurden. Es ist richtig, diese Veränderungen, die anstehen, führen zu Unsicherheiten, führen auch zu Diskussionen auf unserer Seite, was denn die Zukunft ist, welche Rolle die einzelnen Akteure, die bisher in diesem Prozess sehr erfolgreich agiert haben, übernehmen sollen. Es wird auf die Zukunft des Regionalrates hingewiesen, auf einen möglichen Grenzrat, der zu bilden ist. Ich warne aber davor, jetzt schon sozusagen Strukturen zu benennen und festzuschreiben, ehe überhaupt die Gespräche mit den Handelnden geführt worden sind. Insofern haben wir noch ein bisschen Zeit. Dass es Veränderungen geben wird, ist richtig. Insofern gibt es einen erhöhten Koordinationsbedarf auch vonseiten des Landes, den das Land dann auch aufnehmen und führen muss.

(Rolf Fischer)

Lassen Sie mich drei weitere konkrete Bereiche kurz vorstellen: INTERREG ist genannt worden, das zentrale Instrument grenzüberschreitender Finanzierung. Es läuft 2006 aus. Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Das heißt, egal wie die Reform auf dänischer Seite weitergeht, egal im Grunde genommen, wie unsere Gespräche laufen, hier besteht ein aktueller Zeitdruck, damit wir nicht die Mittel, die wir über **INTERREG** für die **Grenzregion** brauchen, verlieren. Das heißt, hier sind wir aufgefordert, möglichst schnell gute, zukunftsorientierte Projekte auf den Weg zu bringen, damit wir diese Mittel nicht verlieren.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, weil ich das für einen guten Vorschlag halte. Der vorliegende Bericht verweist auf den Vorschlag der EU-Kommission, die bisherigen drei Kooperationsräume Sønderjylland/Schleswig, Ostholstein/Storstrøm, K.E.R.N./Fünen, neu zu schneiden beziehungsweise zusammenzufassen. Allein damit erscheint eine stärkere Einbindung des Landes in die Vergabe der Mittel nahe liegend und ich glaube, das hat Carl Holst gemeint, als er auf diesen Punkt hingewiesen hat. Darüber müssen wir mit den Akteuren reden. Das ist ein grundsätzlicher Einschnitt, eine Neuformulierung der Praxis, die wir bisher haben. Es ist verständlich, auch wenn es aus der regionalen Sicht dort Fragen und Anfragen an uns gibt. Dieser Diskussion müssen wir uns stellen.

Ich glaube aber, um es zusammenzufassen, dass auf Dauer kein Weg daran vorbeigeht, dass sich das Land stärker in die INTERREG-Vergabe einbringt. Wir brauchen ein klares INTERREG-Profil, das Chancen hat für uns, für die neuen Programme und es wird schwierig genug sein, dies hinzubekommen.

Ein weiteres Grundsatzproblem hat Frau Herold angesprochen. Ich möchte das gerne aufnehmen. Ich war vor wenigen Tagen in Bremen bei einer Tagung der Nordseekonferenz, da ging es tatsächlich darum, dass Brüssel und Berlin Überlegungen anstellen, die INTERREG-Mittel nur noch in die neuen Regionen zu vergeben. Das ist auch nachvollziehbar, wie ich deutlich sagen will, dort gibt es schwierige Situationen. Aber gerade weil wir vor einer solchen Neupositionierung stehen, haben wir ein Interesse, unsere Ansprüche dort geltend zu machen.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Deswegen schlage ich vor, dass wir im Europaausschuss eine gemeinsame Initiative auf den Weg bringen Richtung Berlin, um unsere Position dort deutlich zu machen.

Ein zweiter Punkt: Das ökonomische Leitbild ist hier auch kurz angesprochen worden. Die neue Region wird eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie brauchen. Ich habe zu Beginn darauf hingewiesen, dass es nicht nur um den Kernbereich Grenzland geht, sondern dass es dort eine ganz neue ökonomische Diskussion geben wird. Das heißt, wir brauchen schon eine Strategie, die von Schleswig-Holstein von Landesseite aus formuliert wird, sonst würden wir unsere Möglichkeiten dort nicht ausnutzen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den Hinweis auf die Konkurrenz der Regionen Malmö, Kopenhagen, Hamburg ersparen. Dazu ist schon einiges gesagt worden, das ist richtig. Genauso richtig ist es, die Cluster-Analyse, die Sie angesprochen haben, nicht nur für den Grenzraum, sondern für die gesamte neue Region fortzuschreiben.

Ich lobe an dieser Stelle ganz kurz EURES, GRAMARK und das Infocenter und das will ich gerne tun, weil ich glaube, dass dort eine hervorragende Arbeit geleistet wird, von der wir nur lernen können.

Als dritter Punkt geht es aber nicht nur um die ökonomische Kooperation. Dies wäre zu kurz gesprungen. Die neue Zusammenarbeit wird umso erfolgreicher sein, je stärker sich die Menschen mit der Region identifizieren. Ich sage das, lieber Lothar Hay, nicht nur dem Vorsitzenden eines kleinen, aber feinen Grenzverbandes, der sich das Historisch-Politische zur Aufgabe gemacht hat. Es ist eindeutig, wenn wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nur über ökonomische Zusammenhänge definieren würden, würden wir nicht erreichen, was wir eigentlich wollen, nämlich dass sich die Menschen mit der Region identifizieren und vor allen Dingen dass sie bereit sind, sich einzubringen, dass Sie sagen, wir arbeiten an der Gestaltung dieser Region mit. Das geht nur über eine Identität und die erwächst eher über Kultur oder über soziale Maßnahmen. Ich weiß nicht, wer es gesagt hat, aber man liebt keinen Binnenmarkt, es reicht nicht, nur das Ökonomische zu definieren, wir müssen sagen, wie wir historisch, wie wir kulturell, wie wir sozial zusammenarbeiten wollen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht es langsam dem Ende zu. Ich wollte noch das Tøndern-Folk-Festival erwähnen, auch Lothar Hay zuliebe. Lassen Sie mich aber zum Schluss kommen. Ich möchte vorschlagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir einen **interregionalen Parlamentarierrat** ins Auge fassen, wenn wir so weit sind, dass es dort ein so großes und bedeutendes Parlament gibt, wie ich vorhin genannt habe. Das ist Praxis in vielen anderen Grenzregionen. Ich habe mir die Mühe gemacht, ein-

(Rolf Fischer)

mal herumzutelefonieren. Dort, wo die Zusammenarbeit erfolgreich über Jahrzehnte praktiziert wird, zum Beispiel SaarLorLux, dort gibt es überall diese legislativen Instrumente, die sehr erfolgreich zusammenarbeiten. Dafür will ich werben, das können wir wieder aufnehmen.

Lassen Sie mich zum Schluss auf eine Seite von GRAMARK verweisen, eine Internetseite über die unterschiedlichen Lebensstile. Wer Angst hat, sich auf diese engere Kooperation einzulassen, dem möchte ich Folgendes verkünden. Auf dieser Internetseite wird uns Deutschen für Besuche in Dänemark unter der Überschrift „Gastfreundschaft“ Folgendes empfohlen:

„Das Mitbringen eines Gastgeschenkes ist üblich. Hier empfehlen sich alkoholische Getränke. Man wartet mit dem Trinken, bis der Gastgeber Skol sagt, und sagt danke am Ende des Essens, bevor man vom Tisch aufsteht.“

Nun will ich nicht vertiefen, welche Rückschlüsse sozusagen auf unseren Lebensstil daraus zu ziehen sind, ich jedenfalls sage danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Abgeordneten Fischer und erteile das Wort für die FDP-Fraktion dem Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zuletzt haben wir vor gut drei Monaten über dieses Thema debattiert. Ich habe in der Plenarsitzung am 15. Juni gesagt, dass die FDP-Fraktion die Fortsetzung der institutionalisierten **Zusammenarbeit** in der **Grenzregion** wünscht. Was sich in den letzten Jahren im Rahmen des Regionalrats Sønderjylland/Schleswig entwickelt hat, ist wirklich als Form einer solchen institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten auf der Grenze vorbildlich.

Auch nach der **dänischen Kommunalreform** muss es hier eine Anschlussregelung geben. Was diese Forderung angeht, sind wir in den letzten Wochen erfreulicherweise ein gutes Stück vorangekommen. Es hat dazu auch sehr konstruktive Vorschläge vom Bund Deutscher Nordschleswiger gegeben. Es hat Initiativen des Ministerpräsidenten in einem gemeinsamen Treffen mit dem Amtsbürgermeister Carl Holst gegeben. Wir begrüßen diese Entwicklung mit Nachdruck und freuen uns darauf, dass voraussichtlich im

Februar nächsten Jahres ein neues Partnerschaftsabkommen beschlossen wird oder sozusagen eine Novellierung des bestehenden Vertrages über regionale Zusammenarbeit zustande kommt und dass wir in diesem Rahmen bewährte Formen der Kooperation in der deutsch-dänischen Grenzregion weiterführen werden.

Nun hat es in den letzten Tagen - muss man fast sagen - gewisse Irritationen bei den Kommunen auf deutscher Seite gegeben. Der Kreispräsident von Schleswig-Flensburg, Herr Petersen, hat sich zu Wort gemeldet und - ich will es einmal salopp zusammenfassen - dahin gehend geäußert, dass sich die Kreise vom Land nicht die Butter vom Brot nehmen lassen wollen. Ich glaube, das wollen Sie auch gar nicht, Herr Carstensen.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Hervorragend. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass die kommunalen Gebietskörperschaften in diese Partnerschaft einbezogen werden, und zwar auch sehr intensiv. Auf der anderen Seite muss man auch zur Kenntnis nehmen, was uns in der letzten Sitzung des Nordschleswig-Gremiums in Apenrade gesagt worden ist: Rechtlich gesehen haben die Kommunen auf dänischer Seite für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit keine Zuständigkeit. Das ist uns jedenfalls in dieser Sitzung des Nordschleswig-Gremiums vermittelt worden. Von daher ist es schlicht und ergreifend auch eine politische Notwendigkeit, dass das Land - so wie es Anke Spoorendonk vorhin ausgeführt hat - Initiativen ergreift und eine führende Rolle in der Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit übernimmt. Anders ist diese sinnvollerweise und auch institutionell nicht fortzuführen. Dass unsere Kreise, die kommunalen Gebietskörperschaften im Landesteil Schleswig insgesamt, natürlich einbezogen werden und sich aktiv an diesen Strukturen beteiligen sollen, ist völlig unstrittig.

Nicht ganz nachvollziehen konnte ich, was Susanne Herold vorgetragen hat. Konkrete Projekte, konkrete Ziele kann man doch mit den dänischen Partnern erst dann weiter besprechen, wenn sich dort die neuen Strukturen gebildet haben, wenn zum Beispiel die neuen Kommunalparlamente und das Regionalparlament gewählt sein werden. Das heißt, man kann jetzt den Rahmen mit den dänischen Partnern besprechen, in dem diese Zusammenarbeit strukturell und institutionell fortgeführt werden soll, aber vieles wird man erst konkret vereinbaren können, wenn die neuen Strukturen auf der dänischen Seite tatsächlich existieren, wenn dort die Wahlen stattgefunden haben und

(Dr. Ekkehard Klug)

gegebenenfalls auch neue Personen als Akteure dort Ansprechpartner sind. Das muss man auch berücksichtigen.

Zweite Anmerkung: Auch dieser Punkt ist schon vom Kollegen Rolf Fischer angesprochen worden. Die weitere Entwicklung im Bereich der **Strukturfonds der Europäischen Union** ist noch nicht befriedigend gelöst worden. Das konstatiert auch der von der Landesregierung vorgelegte Bericht. Aus unserer Sicht ist die sperrige Haltung der noch amtierenden Bundesregierung in dieser Frage überhaupt nicht nachvollziehbar. Die Bundesregierung in Berlin will das neue Ziel 3-Förderinstrumentarium - Stichwort Europäische Territoriale Zusammenarbeit - auf die Zusammenarbeit an den Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union begrenzen. Dies würde natürlich all das, was sich nicht nur im deutsch-dänischen Grenzraum, sondern auch in vielen anderen Regionen der EU an regionaler Kooperation in den letzten Jahren entwickelt hat, vor eine ganz schwierige Ausgangssituation stellen.

Deshalb ist es unser gemeinsames Interesse, dass die offizielle Haltung der deutschen Bundesregierung - und zwar möglichst bald - eine Änderung erfährt. Im Bereich der anderen Mitgliedstaaten der EU gibt es eine sehr offene Haltung zu den Vorschlägen der EU-Kommission. Von daher ist es gar nicht so schwierig, das Ziel zu erreichen. Die deutsche Position müsste revidiert werden.

Da erwarten wir, dass Ministerpräsident Carstensen, der ab November das bedeutende Amt des Bundesratspräsidenten übernehmen wird, in dieser Funktion auch Initiativen im Namen der deutschen Bundesländer ergreifen wird, um die Position der Bundesregierung in der Frage der Fortentwicklung der EU-Strukturfonds in unserem Sinne zu ändern und dies zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Wir hatten für den Bericht den Antrag gestellt, den Berichtsauftrag um den Komplex „Zusammenarbeit im kulturellen Bereich“ zu erweitern. In dem Bericht wird von Herrn Döring mit einer beeindruckenden Zahl von Beispielen deutlich gemacht, dass dies ein Feld ist, in dem die Kooperation hervorragend funktioniert. Ich freue mich darüber, dass die Regierung gerade diesen Bereich im Blick hat. Synergieeffekte, auch was die Nutzung von EU-Mitteln für die Entwicklung in diesem Bereich angeht, sollte man im Auge behalten. Wir haben hier im Landtag vorgestern über kulturpolitische Schwerpunkte und Grundsätze der Landesregierung diskutiert. Angesichts der nur begrenzt verfügbaren Landesmittel wäre eine Mobilisierung von Ressourcen aus dem EU-Haushalt für

viele sinnvolle Vorhaben der **kulturellen Zusammenarbeit** im Ostseeraum, aber speziell auch in der deutsch-dänischen Grenzregion außerordentlich hilfreich.

Wir würden uns freuen, wenn man in diesem Bereich in Zukunft vorankäme. Das Thema wird uns mit Sicherheit auch in kommenden Plenarsitzungen beschäftigen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug und erteile für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzenden, Frau Abgeordnete Anne Lütkes, das Wort.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In einer Kette von intensiven Reden zum Thema grenzüberschreitende **Zusammenarbeit** zwischen **Deutschland** und **Dänemark** möchte ich erstens feststellen: Wir haben heute Europatag, der sich bis zur Mittagspause fortsetzen wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Zweitens möchte ich feststellen, dass ich mich inhaltlich fast ganz auf die Rede von Rolf Fischer beziehen kann und darf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern möchte ich mich auf das, was ich Ihnen noch aus Sicht der Grünen zusätzlich sagen möchte, auf den europäischen Aspekt des für Schleswig-Holstein gerade aus den dargelegten Gründen hervorragenden und wichtigen Themas beschränken.

Ich finde es richtig, dass dieses Thema im Kontext von Europa zur Chefsache gemacht worden ist, zum einen beim Ministerpräsidenten und zum anderen bei dem Herrn Europaminister. Das zeigt, dass Schleswig-Holstein Europa gerade bei der Frage der nachbarschaftlichen Beziehungen, gerade zwischen Deutschland und Dänemark, ernst nimmt. Man kann schon im Jahr 2001 im Weißbuch der Europäischen Kommission unter dem Titel „Europäisches Regieren“ nachlesen, dass ein Wandel der EU in Richtung der verstärkten Einbeziehung der Bürger in die demokratischen Strukturen auf regionaler und kommunaler Ebene wünschenswert sei. Ein gutes Regieren, die gute Regierung im europäischen System sichert nur diese Einbeziehung.

Im Zuge der Debatte um das europäische Demokratiedefizit, das insbesondere auch bei den Abstimmun-

(Anne Lütkes)

gen zur EU-Verfassung deutlich geworden ist, wird als Aussicht die regionale und kommunale Einbindung der Akteure vor Ort propagiert. Aufgrund der Tatsache, dass die EU in immer stärkerem Maße in das alltägliche Leben der Menschen eingreift und dadurch durchaus als reale Gefahr erlebt wird, verstärken sich auch die misstrauischen und ablehnenden Äußerungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger gegenüber der fortschreitenden Integration.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Spoorendonk möchte gerne etwas fragen!)

- Ach so! - Das geht jetzt aber nicht von meiner Redezeit ab.

Die **demokratische Legitimation** des Projektes **Europa** steht auf der Tagesordnung. Gewollt ist das wohlwollende Einverständnis der Bürger und Bürgerinnen - gemeint ist ihre Einstellung zur Integration -, ihre passive Hinnahme. Aber auch eine zulassende, nicht aktive Förderung ist gewollt.

Als Ausweg aus der Legitimationskrise wird die Entwicklung eines Europas der Regionen aufgeführt und vor allem die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kooperation für diesen Integrationsprozess hervorgehoben. Allerdings orientiert sich dieses Verständnis von Demokratisierung nicht an Kompetenzkatalogen, sondern an den Möglichkeiten der Menschen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, die über ihr Leben und Zusammenleben entscheiden. Für die wachsende regionale Identität und das Einfordern regionalen Mitwirkens lassen sich gute Gründe ausmachen. Die Regionalpolitik, insbesondere auf der Grundlage grenzüberschreitender Kooperation, kann einiges leisten:

Erstens. **Grenzüberschreitende Kooperation** und **Netzwerkbildung** kann einen Gegenpart zum Europa von oben, zur bürgerfern empfundenen Brüsseler Eurokratie bilden. Dabei ist die gewährte Handlungsautonomie für Regionen im Rahmen der Regional- und Interregionalitätspolitik sowohl eine zentrale Aufgabe zur Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips als auch zur Verminderung des eben schon beschriebenen Demokratiedefizits.

Zweitens. Durch grenzüberschreitende Kooperation sollen unmittelbare Alltagsprobleme der Bürger über Ländergrenzen hinweg adäquat bearbeitet und die Lebensqualität verbessert werden. Dazu dienen vor allem Maßnahmen und Programme in den Bereichen Infrastruktur und regionale Arbeitsmärkte.

Drittens. Von einer verdichteten grenzüberschreitenden Kooperation wird eine Stärkung der europäischen Identität, also der affirmativen Unterstützung des Integrationsgedankens erwartet. Eine Veränderung

von innerstaatlichen Loyalitäten zugunsten supranationaler Institutionen wird erwartet. Das heißt konkret: Regionale Zusammenarbeit kann durch Prozesse sozialen Lernens die Akzeptanz des EU-Projektes in der Bevölkerung stärken. Daher förderte die EU - das ist heute schon mehrfach gesagt worden - im Jahre 2000 183 Grenz- und grenzüberschreitende Regionen. Eine zentrale Rolle bildet also diese Kooperation in den Gemeinschaftsinitiativen. Die verschiedenen von der Kommission finanzierten Initiativen sind Sektoralprogramme zur gezielten Förderung grenzüberschreitender Kooperationen, wie wir sie in Schleswig-Holstein praktizieren.

Für den Zeitraum 2000 bis 2006 stehen hierfür 10,4 Milliarden € aus dem Strukturfonds zur Verfügung, wobei der Löwenanteil auf INTERREG entfällt. Der Bericht der Landesregierung, aber auch meine Vorrednerinnen und Vorredner haben zu Recht hervorgehoben, dass in der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 die **INTERREG-Förderung** für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gerade in den Regionen im alten Europa im Sinne der alten EU-Mitgliedstaaten fortgeführt werden muss.

Um die Bürger und Bürgerinnen mit dem komplexen Projekt Europa vertraut zu machen, ist dauerhaftes Engagement in den Regionen notwendig. Auch die grenzüberschreitende Kooperation mit Dänemark beruht in erster Linie auf der praktischen Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten - diese sind dankenswerterweise im Bericht ausführlich dargestellt worden - zum Vorteil beider Partner und zum anderen auf der ständigen Erneuerung der Begegnung, des Austausches und der politischen Kommunikation über die **deutsch-dänische Grenze** hinweg. Die seit 1990 im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG-A gewachsene Zusammenarbeit nimmt dabei eine Vorreiterrolle für ganz Europa ein.

Das schon erwähnte „Infocenter Grenze“ ist aus meiner Sicht - ich habe es neulich besucht - ein hervorragendes Projekt, das zeigt, wie für die Menschen in der Grenzregion gearbeitet werden kann, wie für Grenzpendler, Arbeitssuchende, Unternehmer und Ruheständler in Fragen der grenzüberschreitenden sozialen Sicherung, der Steuersysteme, des Arbeitsmarktes und weiterer Themen konkret, schnell, unbürokratisch und insbesondere kundenorientiert ein großer Beratungsbedarf gedeckt wird. Das ist ein hervorragendes Beispiel. Es zeigt aber auch, dass im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf die Entwicklung der verschiedenen kommunalen Verwaltungsstrukturveränderungen geachtet werden kann.

Es ist schon auf die Bedeutung der **Strukturreform in Süddänemark** hingewiesen worden. Ich möchte

(Anne Lütkes)

nicht noch einmal darstellen, wie die Entwicklung sein wird. Aber zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass die Kommunikation über die Veränderung in Dänemark für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung ist; denn Umfragen haben ergeben, dass die meisten Dänen mit der Kommunalreform durchaus zufrieden sind. Vielleicht können wir in Bezug auf das schon gestern und vorgestern erwähnte Verwaltungsstrukturgesetz, das im Entwurf vorliegt, mit Blick über die Grenze von unseren Nachbarn einiges lernen. Für mich hat der fraktionsübergreifende Hinweis, dass die Kommunikation nicht nur im Europaausschuss, sondern auf den unterschiedlichsten Ebenen für uns in Schleswig-Holstein sehr lehrreich sein kann, große Bedeutung. Wir Grüne unterstützen dies gerne.

Herzlichen Dank für den Bericht. Beim nächsten Tagesordnungspunkt kommen wir auf diese Frage sicher unmittelbar zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Lütkes und erteile dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Darf ich dem Ministerpräsidenten das letzte Wort geben?)

- Das ist sehr nett, Frau Abgeordnete Spoorendonk. Aber es liegen schon mehrere Anmeldungen für einen Kurzbeitrag vor. - Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

(Zuruf)

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Ich habe mir gedacht, dass Sie das aufgreifen. Deshalb will ich auch auf das Schmunzeln auf der Regierungsbank eingehen. Dass der liebe Kollege Döring das Wort „Carstensen“ so betont hat, Frau Präsidentin, lag daran, dass er sich vorgenommen hatte, die Debatte zu verkürzen. Aber dass das an meinem Namen hängen sollte, Herr Döring, wollte ich dann doch nicht. Deswegen gab es einen kleinen Vermerk: „Döring: Wehe!“ - Daran hat er sich gehalten. Schönen Dank dafür.

(Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind aber neue Zeiten! - Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielleicht sollten Sie sich einmal ordentliche Umgangsformen angewöhnen. Das hat an sich noch nie geschadet.

(Heiterkeit - Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn Sie sie haben, warum praktizieren Sie sie dann eigentlich nie?

(Heiterkeit - Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Gemach!

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das kommt von Ihnen! - Okay.

Lassen Sie mich zum Thema sprechen. Das Thema ist ernst genug. Ich möchte zunächst auf das eingehen, was ein bisschen unterschwellig bei ein oder zwei Reden anklang. Es wird manchmal draußen die Sorge geäußert, wir würden uns zu viel um den Hamburger Raum, um die Wachstumsmetropole Hamburg kümmern und dadurch den Norden etwas vernachlässigen. Ich glaube das nicht. Das ist kein Widerspruch; denn wir brauchen die Steuermittel, die dort erwirtschaftet werden, um eine Entwicklung im **Landesteil Schleswig** zu ermöglichen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb ist das kein Widerspruch, sondern sicherlich auch eine der Voraussetzungen, um eine gute Politik für den Norden Schleswig-Holsteins zu machen. Da besteht kein Anlass für Misstrauen oder Neid. Man kann das eine tun, weil es richtig ist für Schleswig-Holstein, braucht aber das andere nicht zu lassen, weil auch das richtig und gut für Schleswig-Holstein ist.

Wir haben gerne über die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark Bericht erstattet. Die **deutsch-dänische Grenzregion** braucht neue Perspektiven. Wir wissen, Wirtschaft und Arbeit sind die wichtigsten politischen Themen, bei denen wir vorkommen müssen. Wirtschaft und Arbeit dürfen in einem geeinten Europa keine Ländergrenzen kennen. Wir sind deshalb dringend auf eine gute Kooperation angewiesen. Es gibt seit Jahren eine gut gewachsene grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch durch die Kreise. Aber diese Zusammenarbeit kann zum beiderseitigen Nutzen noch weiter ausgebaut werden. Sie muss auch weiter ausgebaut werden; denn wir müssen uns offen und ehrlich eingestehen: Seit zwei Jahrzehnten ist der Landesteil Schleswig im Fokus der Regionalpolitik und der Strukturpolitik, doch kann

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

uns die wirtschaftliche Situation dort nicht zufrieden stellen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Ich weiß aus vielen Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Unternehmen und Politikern, mit welchem Engagement die Landkreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, die Stadt Flensburg, die Hochschulen, die Schulen, die Kammern und viele andere mit Beharrlichkeit für die Zukunft in der Grenzregion arbeiten. Das verdient unser aller Anerkennung. Aber dieses Engagement verpflichtet die Landesregierung auch, insbesondere vor dem Hintergrund der Strukturveränderungen in Dänemark.

Vor zwei Wochen habe ich mit Amtsbürgermeister Holst gesprochen. Wir waren uns einig: Die neuen größeren Strukturen bedeuten für unsere Partner ganz neue Chancen, sind Herausforderungen für die Landesregierung. Die Landesregierung ist fest entschlossen, sie auch zu nutzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Aufgaben sind Regionalentwicklungsplanung und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, Kooperationen von Krankenhäusern und Hochschulen. Ich sage aber auch: Zur Offenheit und Ehrlichkeit gehört es, den Menschen nichts Unmögliches zu versprechen. Eine positive **Regionalentwicklung** lässt sich nun einmal nicht per Knopfdruck auslösen. Aber eines ist klar: Die Landesregierung wird in diesem Prozess zukünftig eine aktivere Rolle spielen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wir werden die Wachstumsbereiche der Grenzregion gezielt fördern - jetzt bin ich wieder am Anfang -, etwa den Tourismus, die Medizinwirtschaft, die Ernährungswirtschaft, den Handel, die maritime Wirtschaft. Dazu brauchen wir die Steuermittel, die irgendwo reinkommen.

Wir haben keinen Mangel an Studien und Landtagsberichten zu diesem Thema. In den vergangenen 20 Jahren haben wir im Landesteil Schleswig einen Mangel an **Wirtschaftswachstum** gehabt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wie im Land insgesamt!)

Ich will keinen Mangel besser verwalten, ich will ihn beenden.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

In künftigen dänischen Großregionen werden Wachstumsforen eingesetzt. Ihre Hauptaufgabe ist zu prüfen, wie in den Regionen durch gemeinsames Handeln von Gemeinden, Städten, Unternehmen, Kam-

mern, Hochschulen, Gewerkschaften und vielen anderen das Wirtschaftswachstum vergrößert und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden kann. So eine konzertrierte Aktion muss es auch auf unserer Seite der Grenze geben. Wir brauchen mehr Power und Dynamik für die Grenzregionen.

Ich will aber auch einen anderen heiklen Punkt ansprechen: den Regionalrat. Wir brauchen zwischen dem Landesteil Schleswig und der Region Süddänemark eine wirkungsvolle Koordination. Der jetzige **Regionalrat** mit seinen 42 Mitgliedern wird das meines Erachtens kaum leisten können. Ende 2005/Anfang 2006 werden die neuen dänischen Strukturen stehen. Wir werden dann mit den dänischen Partnern darüber sprechen müssen, wie wir weiter verfahren werden. Die Landesregierung wird ihre Überlegungen natürlich vorher mit den Kreisen und den anderen, die bisher den Regionalrat tragen, besprechen. Die gute Nachbarschaft zu Dänemark ist für uns von hoher Priorität. Deshalb wird mich meine erste Auslandsreise als Ministerpräsident im Januar nach Kopenhagen führen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Mit Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen werde ich ausloten, wie wir im deutsch-dänischen Grenzgebiet **grenzüberschreitende Projekte** starten.

Die jetzige Förderperiode der **EU-Strukturfonds** läuft bis Ende 2006. Das ist hier schon ein paar Mal bemerkt worden. Bereits frühzeitig haben sich Landtag und Landesregierung dafür ausgesprochen, dass auch in der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 die INTERREG-Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Grenzregionen der alten EU-Mitgliedstaaten fortgeführt werden soll. Gleichzeitig sollten die seit 1990 gewachsenen Strukturen in den drei deutsch-dänischen Grenzregionen bewahrt und die Verwaltungen dieser drei Programme in den Regionen vor Ort bleiben.

Die noch im Amt befindliche Bundesregierung will eine derartige EU-Förderung nur noch an den Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten unterstützen und lehnt sie für die alten Binnengrenzen ab. Ich sage klipp und klar: Wir dürfen Bund und EU an diesem für die Grenzregion wichtigen Punkt nicht aus der Pflicht lassen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die besonders freundschaftliche Beziehung zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark ist auch das Ergebnis einer modellhaften Minderheitenpolitik. Wenn wir über die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dä-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

nemark sprechen, dann kann es nicht nur um die Fragen der regionalen Struktur und der Ökonomie gehen. Im Grenzland ist ein Miteinander entwickelt worden, das von Respekt und Vertrauen geprägt ist. Dazu gibt es auch keine Alternativen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Die Minderheiten - beide - sind wichtige Brückenbauer. Dafür danke ich ihnen. Die Menschen im Landesteil Schleswig haben gezeigt, dass sie die Ärmel aufkrepeln können. Ich appelliere deshalb an die Region, sich mit eigenen Vorschlägen einzubringen. Mit gemeinsamer Arbeit können wir gemeinsam Erfolge für die Grenzregion erzielen. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Ministerpräsidenten. - Ich erteile nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung, da die Landesregierung die angemeldete Redezeit um drei Minuten überschritten hat, zunächst der Frau Abgeordneten Franzen das Wort.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich beginne, was pädagogisch gut sein soll - auch wenn ich keine Lehrerin bin - mit einer guten Nachricht für den Norden, die heute, punktgenau, in der Zeitung zu lesen war. Sie haben es sicherlich im Pressespiegel gelesen. Die Firma Arvato teleservice wird unter der Leitung von Bent Andersen - in Flensburg kein Unbekannter, lange Leiter bei Motorola - 100 Arbeitsplätze in Flensburg schaffen,

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

70 durch Verlagerung und 30 sehr qualifizierte neue. Das ist eine Nachricht, die uns freut. Ich danke allen, die vor und hinter der Bühne - auch das Land ist mit Förderung beteiligt - daran beteiligt waren.

Mein Dank gilt heute auch allen Kolleginnen und Kollegen für die Debattenbeiträge. Das muss man im Parlament auch so deutlich sagen dürfen. Es tut uns im Norden gut, wenn wir so viel Engagement spüren. Auch der Zeitpunkt der Debatte gehört dazu.

Gestern wollte ich zum Bericht noch etwas fragen. Man kann sehen, man lernt als Politikerin dazu. Gestern wollte ich nämlich noch fragen: Was machen wir nun damit? Schauen wir mal, was die da oben tun; warten wir ab, bis die Dänen ihre Gebietsreform abgeschlossen haben. - Der Bericht lässt das doch ein bisschen erwarten.

Heute, nach der Debatte, insbesondere nach Ihrem Debattenbeitrag, Herr Ministerpräsident, und dem Debattenbeitrag von Herrn Döring habe ich die Hoffnung und die Zuversicht, dass eine Menge passieren wird. Dafür bedanke ich mich herzlich. Aus dem Debattenbeitrag von Herrn Döring habe ich mir gemerkt, dass Sie unser Anwalt sein wollen. Das können wir gut gebrauchen.

Wir haben in dieser Region keine Zeit zu verlieren. Die Bereiche Arbeitsmarkt und Wirtschaft sind dargestellt und geschildert worden. Es gibt ein großes Ungleichgewicht zwischen den Entwicklungen im kleinen, aber sehr erfolgreichen Dänemark und im Norden unseres Landes. Ich erinnere daran, dass wir als Landtag mit anderen europäischen Nachbarn rund um die Ostsee sehr aktiv sind. Oft sind wir der Motor für Zusammenarbeit und für Entwicklung wie zuletzt beim Forum Südliche Ostsee in Binz. Deshalb rege ich an und schlage vor, das wir uns auf Landesebene, im Parlament auf der Grundlage der wirklich reichhaltig vorhandenen Berichte und Arbeitsergebnisse zusammenfinden, um einen Aktionsplan mit konkreten Zielen, mit einem Zeithorizont und verabredeten Zuständigkeiten zu entwickeln. Dieser kann gern Zuarbeit für die konzertierte Aktion leisten, die Sie, Herr Ministerpräsident, vorgeschlagen haben.

Dabei kann es um ganz kleine, konkrete Dinge gehen, wie die unendliche Geschichte einer Fahrradfähre über die Flensburger Förde zeigt. Wir Insider wissen, wovon man redet. Es ist einfach nur ärgerlich, weil es nicht klappt. Das liegt daran, dass man nicht zusammenkommen und nicht genehmigen kann. Ich bin aber auch sehr dafür, visionäre Ziele anzupeilen. Das kann uns überhaupt nicht schaden. Das könnte die Schaffung einer europäischen Modellregion sein oder - wie bereits im April 2003 von der SPD gefordert - die Gleichstellung mit der Øresund-Region. Das wäre meines Erachtens denkbar und machbar.

Wir sollten in diesem Sinne quer über alle Fraktionen tätig sein. Das hat sich heute angedeutet. **Nord-Schleswig-Holstein** und **Syddanmark** sind wunderschöne Regionen. Geben wir den Menschen, die dort leben, eine Chance, dort zu arbeiten, zu leben und zu bleiben. Das ist, liebe Anke, gleichzeitig gute Minderheitenpolitik. Sonst kann der Nachwuchs für die Minderheiten nicht bleiben.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erhält Frau Abgeordnete Sporendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte dem Ministerpräsidenten gern das letzte Wort gelassen. Es war nämlich ein gutes Schlusswort und dafür bedanke ich mich auch. Aber ich möchte nun doch noch ein paar Dinge aufgreifen.

Ich finde, was die Kollegin Franzen sagte, war als weitere Präzisierung der Debatte sehr gut.

Nach dem Beitrag der Kollegin Lütkes spürte ich ein wenig Lust dazu, den Dichter Bertold Brecht zu zitieren. Er soll auf einem Balken in seinem Sommerhaus in Svendborg stehend gesagt haben: „Die Wahrheit ist konkret.“ Ich denke, das ist kein schlechter Satz. In diesem Sinne möchte ich sagen, dass das Land natürlich auch ganz konkrete Vorteile davon hat, wenn der Norden selbst dazu imstande ist, Wachstum zu generieren und eigene verstärkte Steuereinnahmen für das Land als Ganzes beizusteuern.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass Hamburg auch wichtig ist. Unser Ansatz war ja zu sagen: Beides muss eine gleichwertige Perspektive für das Land haben. So habe ich Sie, Herr Ministerpräsident, auch verstanden.

Konkret möchte ich auch noch einmal zwei andere Punkte ansprechen. **Kulturprojekte** - das wurde gesagt - sind wichtig. Die grenzüberschreitende Kulturarbeit klappt auch richtig gut. Ich möchte aber an einem Beispiel deutlich machen, was ich vorhin in meinem Redebeitrag bereits unter der Überschrift angeführt habe, dass man diese Ansätze innerhalb der Landesregierung auch koordinieren und dass man dies mit bedenken muss.

Es wird ein grenzüberschreitendes Kinder- und Jugend-Kulturfestival geben. Diejenigen, die dies in Gang gebracht haben, haben bei der Landesregierung einen Antrag auf Förderung gestellt. - Das ist keine Kritik, sondern nur eine Feststellung, dass dies so ist. - Man hat einen relativ kleinen Betrag beantragt, aber eine Absage bekommen. Aus finanziellen Gründen sei das nicht machbar, wurde gesagt. Gleichzeitig erfahren wir aber, dass die Landesregierung einen Schwerpunkt bei der Kinder- und Jugendkultur setzt, und gleichzeitig wollen wir auch Kulturprojekte im Grenzland fördern.

Ich bitte darum, dass man das einmal als Beispiel dafür im Kopf bewegt, dass wir auch hier wirklich konkret denken müssen.

Dann wurde zu Recht immer wieder auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt hingewiesen, den wir ja auch alle wollen. Aber wir haben in Dänemark, nördlich der Grenze, jetzt schon einen Mangel an

Fachkräften. Südlich der Grenze, in Flensburg, besteht das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete, die drei Minuten sind um.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ein Satz noch, Frau Präsidentin. - Das heißt: Die Menschen dort sind für den dänischen Arbeitsmarkt nicht qualifiziert. Auch da muss man sagen: Wenn man das will, dann muss man qualifizieren.

Darum freue ich mich auf die weitere Diskussion im Ausschuss, die dann hoffentlich genauso konkret sein wird.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Drei Minuten sind kurz und der letzte Satz ist lang.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 16/253 federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich begrüße nun Schülerinnen und Schüler der Realschule Bad Bramstedt mit ihrer Begleitung. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/157

b) Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/218

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst ist eine Abstimmung über den Berichtsantrag mit der Maßgabe der mündlichen Berichterstattung in der laufenden Tagung erforderlich. Ich darf Sie um Ihr Handzeichen

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

bitten. - Das Parlament ist bereit und willens, den Bericht des Ministers für Justiz, Arbeit und Europa entgegenzunehmen. - Herr Minister Döring, Sie haben das Wort.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war mir anfangs ein wenig unsicher, inwieweit hier Berichtsansträge vorliegen. Beim Antrag der Grünen ist dies in Teilen sicherlich so. Beim Antrag der Koalitionsfraktionen war ich etwas unsicher. Aber wir können das gern so zusammenfassen. Ich denke, das ist auch sinnvoll.

Zunächst darf ich mich herzlich für die Anträge bedanken. Sie zeigen, wie breit der Konsens ist, den wir hier im Haus haben. Bei allen fachlichen Unterschieden ist dies, denke ich, auch ein Merkmal der Europapolitik, wie wir sie hier diskutieren. Wir sollten diese Gemeinsamkeiten auch nicht infrage stellen, auch wenn man natürlich manchmal merkt, dass Politikfelder, die konsensual diskutiert werden, nahezu pressefreie Zonen sind. Es ist immer wieder verblüffend, dass auf der einen Seite Gemeinsamkeiten gefordert werden, dass allerdings, wenn wir sie denn haben, darüber nicht berichtet wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Anträge sind insoweit richtig, als wir über eine Identitätsbildung reden müssen und dass wir auch europäische Akzeptanz erzeugen müssen. Hier haben wir noch nicht überall unsere Hausaufgaben gemacht und die Verfassungs- und Haushaltskrise, in der sich die **Europäische Union** derzeit befindet, führt sicherlich dazu, dass das Image der EU in Deutschland stark negativ beeinflusst wird. Hier müssen wir gegensteuern.

Auf der anderen Seite muss man sagen: **Akzeptanz** und **Identität** kann man auch nicht durch Beschlusslage herbeiführen, sondern wir und auch das Parlament müssen dies im praktischen Handeln umsetzen. Das heißt, wir müssen vielleicht im Europaausschuss auch einmal darüber diskutieren, wie wir zu einer Kommunikationsstrategie kommen, um die Menschen tatsächlich zu erreichen. Offensichtlich ist uns das in der Vergangenheit nicht immer gelungen.

Wir haben eine ganze Reihe von Dingen vorzuweisen. Insofern kann ich darauf hinweisen, dass gerade die Schulpolitik, zu der die Grünen Fragen gestellt haben, ein gutes Beispiel dafür ist, wie **Europapolitik** bereits selbstverständlich geworden und in die Lehrpläne eingebaut worden ist. Das Thema Europa ist in je sehr unterschiedlichen Fachkontexten, aber fächerübergreifend präsent. Es wird altersgemäß auf-

bereitet, sowohl in den allgemeinbildenden wie auch in den berufsbildenden Schulen, und ist nicht selten Gegenstand von Projektunterricht und insbesondere von Schulveranstaltungen. Mit Ausnahme einiger Grundschulen und eines Teils der Hauptschulen gibt es, soweit ich weiß, kaum eine Schule in Schleswig-Holstein, die keine Partnerschaft, keine Kooperation mit einer europäischen Schule hat. Viele Schulen haben Projekte weit über den klassischen Schüleraustausch hinaus. Zum Teil sind sogar übergreifende gemeinsame Unterrichtsmodule vorgesehen.

Dies sind Initiativen, die vor Ort in den Schulen entstehen, weil Schüler, Lehrer und die Elternschaft diesem Thema einen hohen Stellenwert einräumen. Schrittmacher dieser Entwicklung sind dabei ganz sicherlich unsere **Europaschulen**, mittlerweile 25 Schulen aller Schularten. Sie sind ganz wichtige Multiplikatoren und werden dieser Aufgabe in vieler Hinsicht gerecht. Dies ist ein ganz wichtiger Schwerpunkt auf dem Weg der Identitätsstiftung. Europa muss in der Schule zum Alltag werden. Dabei sind wir, denke ich, auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, neben all diesen fachlichen Einzelmaßnahmen zur Förderung der europäischen Identität haben wir - ich sagte es schon - selbstkritisch zu fragen: Was haben wir eigentlich falsch gemacht? Wir haben Europa manchmal nur in den Sonntagsreden und zu sehr allgemeinpolitisch gewürdigt. Wir haben in den Fachpolitiken auch die kontroversen und die kritikfähigen Dinge der EU zu wenig diskutiert. Europa ist dadurch weniger greifbar geworden.

Wir müssen auch dazu kommen, dass wir in einzelnen Politikfeldern europäische Politik aus Brüssel, aber auch auf nationaler Ebene kritischer miteinander diskutieren. Die Bürgerinnen und Bürger sehen viele Dinge inzwischen differenziert. Das ist richtig so und wir müssen darauf eingehen. Das müssen wir aufnehmen und das müssen wir auch in diesem Hause immer wieder miteinander aufbereiten und in die Beschlussfassung einbeziehen.

Eines ist sicherlich richtig: **Europa** ist in vielen Fragen einfach zu kompliziert. Die Entscheidungsprozesse sind nicht transparent und vieles von dem, was an vermeintlich europäischem Unsinn bei uns ankommt, haben wir selbst verkompliziert und selbst mit entschieden. Bei allen wesentlichen Entscheidungen war Deutschland dabei, in allen wesentlichen Fachausschüssen ist natürlich eine deutsche Vertretung dabei. Nachher wird das eigentlich immer erst dann kritisch hinterfragt - darauf kommen wir später noch einmal bei den Themen Subsidiarität und Frühwarnsystem -, wenn es in nationales Recht gegossen werden soll.

(Minister Uwe Döring)

Dann wird auf einmal gesagt: Um Gottes Willen, was ist das denn wieder, was da aus Brüssel gekommen ist; dagegen müssen wir Sturm laufen! Dabei wird dann nicht gesagt, dass wir an der Entstehung dieser Dinge mitgewirkt haben. Das führt auch dazu, dass wir an einigen Stellen nicht die nötige **Akzeptanz** in der Bevölkerung haben.

In diesem Zusammenhang kann ich sagen, dass ich es außerordentlich begrüße, dass die Kommission unter Barroso die Initiative ergriffen hat, den Bestand, aber auch die in Arbeit befindlichen Richtlinien durchzuarbeiten. Damit ist ja Kommissar Verheugen beauftragt, die ersten 68 Richtlinien sind gestrichen, jetzt kommt der Bestand dran. Man muss in der Tat sorgfältig abwägen, was davon notwendig ist und was nicht. Ich denke, jeder von uns kennt irgendein Beispiel für Regelungen, die nicht unbedingt notwendig sind. Das baut man immer gern in seine europäischen Rede ein und sagt: Das kann doch wohl nicht sein. Manchmal sind es Dinge, die gut gemeint sind.

Beispielsweise hatten wir gerade die Diskussion über eine Richtlinie, mit der man dem Arbeitgeber zum Sonnenschutz am Arbeitsplatz verpflichten wollte. Das wird jetzt wieder zurückgezogen. Natürlich gab es gute Gründe dafür, aber die Frage ist, ob das europäisch begründet und entschieden werden muss. Verheugen hat hier sehr richtig das Beispiel genannt: Wenn ich mir morgens beim Kaffeetrinken die Hand mit heißem Wasser verbrenne, ist das kein Grund, eine europäische Richtlinie zur Benutzung von heißem Wasser zu erlassen.

(Vereinzelter Beifall)

Vielleicht kann man in diesem Zusammenhang an den etwas älteren Grundsatz erinnern, der glaube ich von Montesquieu stammt: Wenn es nicht erforderlich ist, ein Gesetz zu erlassen, ist es die Pflicht, kein Gesetz zu machen.

(Vereinzelter Beifall)

Das bedeutet, dass wir an vielen Punkten überreguliert sind.

Europaskepsis ist das eine, Politikverdrossenheit ist das andere. Wir befinden uns in der Tat in einer Legitimationskrise. Ich glaube fest, dass wir die Probleme nicht dadurch in den Griff bekommen werden, dass wir bunte Broschüren drucken, dass wir einfach nur Informationskampagnen beschließen, sondern wir müssen uns in der Politik ändern. Das heißt insbesondere für die **Europapolitik** auch, dass wir sie entsprechend transparent gestalten müssen.

(Vereinzelter Beifall)

Der Antrag von SPD und CDU nennt zentrale Bereiche, in denen **europäische Identität** wachsen kann. Ich möchte Ihnen einige Dinge nennen, bei denen wir auf dem richtigen Weg sind. Ich war in der letzten oder vorletzten Woche in Dänemark. Dort haben wir über das Projekt STRING diskutiert, also die Kooperation in der südlichen Ostsee. Wir haben die Frage diskutiert: Wie bekommen wir Sinnhaftigkeit da hinein? Es war der Vertreter von Südschweden, der Regierungspräsident Uno Aldegren, der gesagt hat, für uns gibt es drei ganz wesentliche Punkte in diesem Bereich.

Das ist einmal die Infrastruktur, die wir vernünftig aufbauen müssen, dazu gehört die Fehmarnbelt-Querung. Das sagte ich heute Morgen schon. Zweitens müssen wir sehen, dass wir in Forschungsbereichen miteinander kooperieren. Die großen Forschungssektoren, die wir in dieser Region haben, müssen entsprechend gefördert werden. Aber als Drittes wurde gesagt - da kann ich das noch einmal aufgreifen, was hier vorgestern gesagt wurde; ich habe da sehr gut zugehört, Herr Dr. Klug -, dass wir eine Identität dieser Ostseeregion durch gemeinsame kulturelle Events herstellen müssen. Unsere Nachbarn in Schweden und Dänemark sind dazu bereit, das gemeinsam zu machen. Das wäre ein Ansatz. Vielleicht könnten wir als Region mit Brüsseler Fördergeldern auch im kulturellen Bereich etwas miteinander machen. Das ist eine hervorragende Idee, wie man Identität und Akzeptanz bei den Menschen stiften kann.

Über das Frühwarnsystem werden wir nachher noch miteinander reden. Dieses wird ein ganz wichtiger Punkt sein, um die Dinge rechtzeitig auf den Weg zu bringen und Kritik einbringen zu können. Ich denke, wir werden dieses Thema im Europaausschuss weiter behandeln. Das ist ein ganz wichtiges Thema, denn ohne Akzeptanz und Identität können wir keine zukunftsfähige Politik in Europa betreiben.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wir bedanken uns bei Minister Döring. - Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Abgeordneter Anne Lütkes das Wort.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für den Bericht, Herr Minister. Ihr Bericht zeigt mir, dass der Verfahrensvorschlag der Grünen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Tagesordnung gar nicht so abwegig war. Wir hatten nämlich angeregt, die drei Tagesordnungspunkte, die wir heu-

(Anne Lütkes)

te zu erörtern haben, gemeinsam zu beraten. Ihr Bericht lässt Antworten zu unseren sehr konkreten Fragen, liebe Anke Spoorendonk, erkennen, zeigt aber auch Elemente der gleich möglicherweise zu diskutierenden Fragen des Frühwarnsystems und der Subsidiaritätskontrolle.

Frau Präsidentin, vielen Dank, dass Sie unseren Antrag so gewertet haben, als sei es ein Antrag auf einen mündlichen Bericht. Es ist immer gut, wenn man unmittelbar miteinander diskutiert. Allerdings hatten wir uns gerade vor dem Hintergrund der Frage, wie die Wirklichkeit in Schleswig-Holstein aussieht, einen schriftlichen Bericht gewünscht. Ich schlage vor, dass wir uns jetzt nicht darüber streiten, welcher Antrag erledigt ist, welcher Bericht erstattet ist, welcher nicht, was noch fehlt, sondern dass wir beide vorliegenden Anträge, die nicht unbedingt die gleiche Intention haben - darauf komme ich gleich noch -, im Europaausschuss mit dem weiteren Ziel erörtern,

(Vereinzelter Beifall)

fraktions- und parteiübergreifend in diesen Fragen zu gemeinsamen Erklärungen, vielleicht sogar zu Entscheidungen zu kommen. Ich halte das durchaus für möglich.

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir auf dieser Basis doch noch einmal zu begründen, warum ein Landtag, ein Landesparlament sich mit den aus meiner Sicht notwendigen Rahmenfragen zur Identität, auch zur grenzüberschreitenden Kooperation, aber insbesondere zur Entwicklung der europäischen Identität auseinander zu setzen hat und damit auf einer Ebene der Leitlinien, mitunter auch der theoretischen Leitlinien bleibt.

Ich darf daran erinnern, dass Jürgen Habermas sich intensiv mit Staatsbürgerschaft und nationaler Identität auseinander gesetzt und Überlegungen zur europäischen Zukunft angestellt hat. Es hat den schönen, schlichten und ergreifenden Satz formuliert:

„Die Staatsbürgernation findet ihre Identität nicht in ethnisch-kulturellen Gemeinsamkeiten, sondern in der Praxis von Bürgern, die ihre demokratischen Teilnahme- und Kommunikationsrechte aktiv ausüben.“

(Beifall des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Anders mit einem allgemein bekannten Satz ausgedrückt: Ich muss etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Dieser Satz ist nicht von mir, Günter. Ich zeige dir das Zitat. - Der europäische Gemeinschaftssinn ist nur möglich, wenn die **Menschen in Europa** europäische **Identität** empfinden. Die Frage nach dieser Identität ist also zentral, ein politischer Wille ist unverzichtbar. Das haben die hier heute zu Recht schon mehrfach erwähnten Referenden deutlich gezeigt. Deren Nein - wir erinnern uns - bedeutete nach allen Analysen nicht: „So nicht!“, sondern war die konkludente Frage: „Wie denn, wie geht es weiter?“ Diese Frage kann nicht im Verordnungswege geregelt werden, sondern das ist die Frage nach dem praktisch gelebten Europa, nach der praktisch gelebten Identität.

(Beifall der Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Holger Astrup [SPD])

Das ist die Frage, ob ein Staat von seinem Staatsvolk getragen wird, ob sich die Bürger - wie gesagt - identifizieren können. Diese Voraussetzung der Identifikation mit der europäischen Gemeinschaft ist zu schaffen und bedeutet auch Wissen um die europäische Gemeinschaft. Dazu passt der Satz von eben, wie er im Allgemeinen immer formuliert wird: Ich sehe nur, was ich weiß.

(Beifall der Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Wir Grünen sind deshalb der festen Überzeugung, dass die Schaffung dieser genannten Identität bei der **Bildung** ansetzen muss, bei der Vermittlung von Antworten auf die Fragen - ganz einfach -: Wie funktioniert Europa? Was hat Europa im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger bereits geschaffen? Wie wird das Wissen um Europa an die nachfolgende Generation vermittelt? Woher wissen wir, welche Sorgen wo vorhanden sind, und wie können wir sicherstellen, dass Europa auch weiterhin auf friedlichen und humanistischen Werten aufbaut, ein demokratischer Kontinent bleibt, der auf der Basis der europäischen Geschichte Einigungsprozesse in Gang und voranbringt?

(Beifall des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern stellt sich die konkrete Frage nach Lehrplänen der allgemein bildenden Schulen und Berufsschulen, die Frage nach der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer und der Programme der Erwachsenenbildung und der politischen Stiftungen. Das sind Dinge, Herr Minister, die man im mündlichen Bericht heute sicherlich erwähnen kann, die aber zur Vorbereitung der durch Akklamation bereits einverständlich gewollten gemeinsamen Ausschusssitzung durchaus

(Anne Lütkes)

noch einmal aufgelistet werden könnten. Ich denke aber nicht, dass das zwischen uns ein Problem ist.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag und insbesondere auch mit unserem Vorschlag, dass wir uns selbst als Botschafter und Botschafterinnen für Europa verstehen sollten, ist nicht notwendig - wenn ich das vielleicht sagen darf, lieber Herr Fischer; es kommt jetzt nämlich etwas Freundliches - ein Neubeginn der Europapolitik des Parlaments verbunden. Im Gegenteil möchte ich ausdrücklich sagen, dass die Arbeit gerade des Europaausschusses in den letzten Legislaturperioden unter Vorsitz meines Vorredners, Herrn Fischer, fortzusetzen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Bei aller Kontinuität haben wir zu Recht immer wieder eine neue Zusammensetzung des Parlaments, parlamentarische Erbhöfe sollte es auch nicht geben. Insofern ist es notwendig, sich wechselseitig immer wieder zu versichern, dass wir gemeinsam auf diesem Weg sind und den europäischen Bildungsauftrag erfüllen und fortentwickeln müssen. Deshalb stellen wir unsere Anträge.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Lütkes. Herr Minister Döring hat die Bereitschaft zur Erstellung eines schriftlichen Berichts durch heftiges Kopfnicken kundgetan. Der Bericht wird den Fraktionen zugehen. - Danke schön.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben gesagt, das Thema Schaffung einer europäischen Identität, den Komplex Bildung und den Antrag der CDU hätte man problemlos zusammenfassen können. Aber man kann es in den Ausführungen miteinander verbinden, was ich tun werde.

Nie wird der Prozess zur Gestaltung der Europäischen Union zu Ende gehen. Dies sagt schon der Begriff „Prozess“. Das gilt für die gesamte Europäische Union mit den 25 Mitgliedern, das gilt auch für die Regionen innerhalb der Europäischen Union, die besondere Schwerpunkte herausarbeiten. Das gilt also auch für unser Land in der gesamten Ostseeregion, speziell in der **Region Südliche Ostsee** und in der Zusam-

menarbeit mit den Ländern der **Nordsee-Region**. Die gegenwärtige Krise der Europäischen Union reicht tief, sie ist aber auch eine Chance zur Erneuerung. In der Vergangenheit hat die Europäische Union ihr ursprüngliches Ziel, den Frieden zu bewahren, in beeindruckender Weise erreicht. Natürlich ist der Frieden auch heute eine Vorbedingung, ja erstes Ziel für das Zusammenleben in der Europäischen Union. Aber darin liegt auch das Problem. Ein innereuropäischer Krieg gilt heute als so unwahrscheinlich, dass seine Vermeidung von den meisten nicht mehr als eine besondere Leistung der Europäischen Union anerkannt wird. Deshalb werden mehr und mehr die **Defizite der EU** wahrgenommen wie der technokratische Stil des Einigungsprozesses, das hartnäckige Verhandeln jeweiliger Eigeninteressen, das Fehlen des neuen Budgets für den neuen Zeitraum und so weiter.

Der Prozess der politischen Vereinigung wurde in der Vergangenheit zunächst von einer kleinen Elite getragen. Heute stellt die **Teilhabe** möglichst aller Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzung für die Stärken der europäischen Regionen dar. Auch unser Land Schleswig-Holstein wird nicht nur einen Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Krise leisten, sondern wir werden auch unseren bisherigen erfolgreichen Weg zur Stärkung der europäischen Integration und zur Herausbildung **regionaler europäischer Identität** insbesondere im Ostseeraum unbeirrt und mit neuen Ideen fortsetzen.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schaffung regionaler europäischer Stärke und Identität muss alle Bevölkerungsgruppen erreichen mit unterschiedlichsten Instrumenten und Inhalten. Einschränkungen auf die Bildung, so wie Sie es in Ihrem Antrag herausgestellt haben, ist nur ein Segment aller Bemühungen, was ich auch zu Beginn meiner Ausführungen schon gesagt hatte.

Einige politische Schwerpunkte im Prozess der Gestaltung der europäischen Regionen seien kurz genannt. Die Europäische Union gewinnt die Stärke aus der regionalen Identität. Europa kann sich nur von dort her entwickeln, wo Menschen leben, von den Städten und Gemeinden her. Es muss deshalb gelingen, das wichtigste Glied der Kette im europäischen Prozess, die Bürgerinnen und Bürger, von den Zielsetzungen und Handlungsweisen der Europäischen Union zu überzeugen. Ein elementares Instrument dazu ist die Erhaltung der **kommunalen Selbstverwaltung** und deren Verankerung im EU-Vertrag, was auch geschehen ist. Kommunale Selbstverwaltung ist das Recht und die tatsächliche Fähigkeit der Kommu-

(Manfred Ritzek)

nen, im Rahmen der Gesetze einen wesentlichen Teil der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger zu regeln. Dazu gehört insbesondere auch die strikte Anwendung des **Subsidiaritätsprinzips**, zu dem wir nachher noch einiges sagen werden.

Ein weiteres Instrument zur Stärkung des Europas der Regionen für Schleswig-Holstein ist der **Ausschuss der Regionen**, der AdR, in dem wir mit einer Stimme jetzt durch unseren Europaminister, Herrn Döring, vertreten sind. Wir werden uns in unserem Europaausschuss stärker mit den Inhalten befassen müssen, nicht nur mit Stellungnahmen und Diskussionen zum jeweiligen Protokoll einer bereits stattgefundenen AdR-Sitzung. Wir müssen uns im Vorfeld der Tagungen mit dem Inhalt der Tagesordnung und dem vorgeschlagenen Abstimmungsverhalten durch unser AdR-Mitglied befassen. Ich begrüße es außerordentlich, Herr Minister, dass Sie im Ausschuss bereits definitiv gesagt haben, dass Sie uns, sofern es möglich ist, immer eine Vorabinformation über die Tagesordnungspunkte der anstehenden AdR-Sitzung geben werden, um es bereits im Vorfeld zu besprechen. Nochmals herzlichen Dank für diese Bereitschaft.

Es ist auch ausdrücklich zu begrüßen, dass der AdR in seinem letzten Protokoll zum Thema Dezentralisierungsprozess in der Europäischen Union und Bedeutung der kommunalen regionalen Selbstverwaltung fordert, dass die EU das Prinzip der Selbstverwaltung beachten muss. Solche Forderungen durch den AdR sind echte regionale Forderungen, die der Aufgabe des AdR entsprechen. Von großer Bedeutung ist die **Kooperation** mit den Nachbarregionen, für uns insbesondere der Ostseeregion mit den elf Ostseeanrainerländern mit einem Einzugsbiet von fast 330 Millionen Menschen, und unsere Initiative „Parlamentsforum Südliche Ostsee“, das gerade in der letzten Woche zum dritten Mal in Binz abgehalten worden ist.

Von entscheidender Bedeutung für unsere europäische Regionalpolitik ist die Solidarität zwischen den Ländern und den Regionen, so wie diese Solidarität auch in der von der EU definierten Kohäsionspolitik zum Ausdruck kommt. Die Solidarität ist ein Symbol der europäischen Idee, so geschrieben in Artikel 158 des Verfassungsentwurfs. Wir werden die Ostseeoffensive fortsetzen und weiterentwickeln. Vieles ist schon getan worden. So zeigt Schleswig-Holstein vor Ort Flagge, das war das ursprüngliche Ziel der seit 1995 und in den Folgejahren eröffneten schleswig-holsteinischen Verbindungsbüros in Tallinn, Riga, Vilnius, Malmø, Königsberg und Danzig. Wir brauchen von unserer strategischen Lage her diese **Repräsentanzen**, wir nutzen sie, wir können und werden

diese Zusammenarbeit noch verbessern. Im letzten Europabrief wurden die genauen Adressen noch einmal bekannt gegeben - ein kleiner Schritt, aber ein sehr guter Schritt von Ihnen, Herr Minister. Ich danke Ihnen auch dafür.

Wir müssen die Leistungen, die erbracht worden sind und die wir noch erbringen werden, erbringen, die auch immer mit unseren Menschen, jung und alt, verbunden sind, und der Allgemeinheit noch mehr ins Bewusstsein bringen. Das ist europäisches Gestalten, das ist europäische Stärkung unserer Regionen.

Nur einige Aktionen in diesen Regionen seien genannt: die Errichtung eines deutschen Konsulats in Königsberg - das haben wir hier im Landtag vehement und einstimmig gefordert -, der Aufbau einer Polizeikooperation mit den baltischen Staaten, die Durchführung von Jugendtreffen, auch gerade wieder in Binz mit sechs Jugendlichen aus unserem Bundesland, der Austausch von Beschäftigten mit der Königsberger Gebietsverwaltung, die Ausrichtung von Fachmessen im Baltikum, die Entwicklung von Hochschulkooperationen, Professorenaustausch und viele andere Projekte wie Teilnahme an internationalen Veranstaltungen der Europa-Union, bei anderen Institutionen, Teilnahme an Grenzlandveranstaltungen, Grenzlandbereisungen und Teilnahme am Europatag. Besonders zu erwähnen - das ist auch von Ihnen, Herr Minister, schon gesagt worden - sind auch die 25 Europaschulen in unserem Land.

Nur mit einer uneingeschränkten Zustimmung durch Schulleitung, Lehrerkollegium, Elternschaft und Schüler sind die besonderen Anforderungen an eine Europaschule umzusetzen. Neben Arbeitsgemeinschaften mit europäischen Inhalten, mit Diskussionsrunden zu tagespolitischen Entwicklungen in Europa ist der Schüler- und Lehreraustausch ein wichtiges inhaltliches Fundament der Europaschulen.

Unser Land hat Schwerpunkte gesetzt. Unsere Beteiligung an der Umsetzung dieser Schwerpunkte und immer neue Ideen dürfen nicht nachlassen. Sie kann und muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen, die von uns beeinflusst werden können, intensiviert werden.

„Europa ist gut für uns alle, nur gemeinsam können wir uns auf den Weg nach Europa machen“ lautet ein abgewandeltes Zitat von Minister Döring in der Informationsmappe „Schleswig-Holstein - Ostseeregion - Europa“.

Meine Damen und Herren, machen wir uns auf den Weg! Beteiligen wir uns umfassend an der Gestaltung von Europa! Ich bitte um Überweisung an den Europausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte ist die Fortsetzung unserer Diskussion über die Zukunft des europäischen Projekts, das eindeutig durch die Ablehnung der Verfassung in eine Krise geraten ist. Damals haben alle Fraktionen unter anderem die Bürgerferne, die Anonymität, die fehlende Transparenz Europas kritisiert und wir legen nun mit diesem Antrag eine klare Perspektive vor, wie wir als europäischer Akteur diese negativen Faktoren verändern wollen und werden. Damit liegen wir übrigens durchaus in einem europapolitischen Mainstream; ich möchte es einmal so nennen. Denn aus der **Ratifikationskrise** ist überraschenderweise eine echte Europadebatte geworden.

Der Schock, der die Eliten in der EU traf, ist der Erkenntnis gewichen, dass mehr denn je die Bevölkerung in den Prozess der Weiterentwicklung Europas einbezogen werden muss. Das war die eigentliche Botschaft der negativen Referenden und die ist - so denke ich - verstanden worden. Insofern hat die Krise tatsächlich etwas Gutes gebracht: Sie war und ist eine Chance zur Stärkung der **Bürgerbeteiligung** im weiteren europäischen Einigungsprozess.

Es entsteht langsam, aber sicher so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit. Diese macht es uns leichter, für eine Stärkung der europäischen Identität zu werben. Wir in Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren, wollen dies ganz konkret tun, indem wir uns als politische Zielvorgabe für die Stärkung des Europas der Regionen einsetzen. Denn eines ist klar: Identität entsteht, wenn sich Menschen im eigentlichen Wortsinne mit einer Sache identifizieren; Frau Kollegin Lütkes hat dazu die richtigen Worte gefunden.

Das heißt, die Menschen müssen sich mit Motiven, Zielen und Instrumenten einverstanden erklären; sie müssen es zu ihrer Sache machen. Das aber kann nur gelingen, wenn sie beteiligt werden und die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu äußern, und diese Meinung auch berücksichtigt wird.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

- Ja, Sie können an dieser Stelle ruhig applaudieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Die Aussage war richtig.

(Peter Eichstädt [SPD]: Das war nicht die einzige!)

- Danke schön. Es folgen noch mehrere.

Um dies zu gewährleisten, werben wir mit unserem Antrag für ein **Europa der Regionen**, das die Menschen nicht im fernen Brüssel, sondern direkt vor ihrer schleswig-holsteinischen Haustür finden. So können wir am besten vermitteln, was Europa in Zukunft sinnvollerweise sein soll, nämlich eine Chance für die Menschen.

Die Region ist längst Teil, ja Akteur in Europa. Das allerdings wird noch zu wenig registriert und wahrgenommen und deswegen fällt es den Menschen schwer, sich mit Europa zu identifizieren.

Die erste Botschaft muss also sein: Region und Europa widersprechen sich nicht. Die Stärkung des regionalen Bewusstseins und die Stärkung des europäischen Bewusstseins sind zwei Seiten einer Medaille, wenn es darum geht, Identität zu schaffen.

Starke Regionen sind der beste Schutz vor Konzentrationsabsichten auf europäischer Ebene. Dieser Aspekt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist im Verfassungsvertrag übrigens sehr gut geregelt gewesen. Insofern ist es schade, dass er zu diesem Zeitpunkt nicht umgesetzt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erfahren Europa jeden Tag: auf dem heimischen Wochenmarkt, in Musik und Literatur, in Sportveranstaltungen, in Schul- und Klassenpartnerschaften bis hin zum Tourismus. Ich möchte einen weiteren Punkt nennen, der manchmal übersehen wird: Wir erfahren Europa auch in den Debatten über religiöse Vielfalt oder multikulturelles Leben. Das ist nicht immer einfach, aber Realität. Auch die Inhalte und der Stil dieser Debatten formen unser europäisches Bild.

Europa der Regionen bedeutet: Wir verstehen uns als Teil Europas, in das wir unser Selbstverständnis, unsere Stärken einbringen. Dazu gehört der Bildungsbereich, aber das ist nur ein Teil. Insofern können wir das im Ausschuss vertiefen und ich stimme auch zu - nicht nur, weil mir häufig eine Tendenz zur Harmonisierung unterstellt wird -: Wir können ein europapolitisches Thema, das schwierig zu erklären ist, nur vermitteln, wenn eine Gemeinsamkeit zwischen den großen Fraktionen, zwischen den kleinen Fraktionen und den Parlamentariern in einem Parlament besteht. Denn die Menschen haben kein Verständnis dafür, wenn wir uns an dieser Stelle schon streiten und dann noch komplizierte Dinge erklären wollen. Dann können wir mit dem Thema Europa

(Rolf Fischer)

gleich aufhören. Von daher ist **Gemeinsamkeit** an dieser Stelle dringend geboten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, als Stichworte - ich mache es kurz - sind auch der Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik zu nennen. Aber auch die Minderheitenpolitik spielt hier eine Rolle. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Wir haben mit dem **Europäischen Minderheitenzentrum** in Flensburg eine europaweit anerkannte Institution, die hier vielleicht zu wenig genannt wird und an dieser Stelle einmal genannt werden soll.

(Beifall)

Dazu gehört auch unsere Nord- und Ostseekooperation, die uns die Konkurrenz der europäischen Regionen erfolgreich bestehen lässt.

Die zweite Botschaft ist: Wir müssen die europapolitischen Instrumente unseres Landes weiter schärfen, das heißt, wichtig ist und bleibt die selbstbewusste Behauptung der eigenen regionalen und politischen Interessen. Es geht also darum, den eigenen Standort in Europa deutlich zu machen und zu optimieren. Ich sage auch hier: Das **Hanse-Office** in Brüssel leistet gute Arbeit und schafft damit auch europäische Identität für Schleswig-Holstein; diese Arbeit muss zusammen mit Hamburg weiter gesichert werden.

Der Ausschuss der Regionen - er wurde hier bereits erwähnt - ist für uns ein weiteres Instrument regionaler Europapolitik. Hier war und ist unser Anspruch auf Mitgestaltung direkt zu realisieren. Gestatten Sie mir an dieser Stelle - denn es war bisher nicht möglich -, den Vertreterinnen im Ausschuss der Regionen, die in der letzten Legislatur diese Arbeit gemacht haben, nämlich Frau Simonis und Frau Rodust, dafür ausdrücklich zu danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, insbesondere die **europäische Meerespolitik**, wie wir sie formuliert haben und wie sie auch von EU-Kommissar Borg als maritimer Beauftragter vor wenigen Wochen vorgestellt wurde, ist eine selbstbewusste regionale Politik mit europäischer Dimension. Auch sie fördert die europäische Identität und deswegen ist europäische Meerespolitik etwas, was wir in verschiedenen Gremien weiter vorantreiben müssen, damit wir klaren europäischen Bezug herstellen, der bei den Menschen vor Ort ankommt und als solcher identifiziert wird.

Ich nenne als Beispiele die Konferenz der Subregionen oder - mein Lieblingsthema - die Nordsee-Kommission, die wir mit diesem Thema vielleicht stärker befassen müssen, als es bisher der Fall war.

Bisher, meine Damen und Herren, habe ich die von der Regierung getragenen Instrumente genannt, aber auch und gerade die parlamentarischen Aktivitäten gehören dazu, wenn wir vom Europa der Regionen sprechen. Deshalb ist es richtig, wenn wir die **interregionale Zusammenarbeit** der Landtage - die Umsetzung unserer Parlamentspartnerschaften also - hier ansprechen.

Ich begrüße außerordentlich, dass zurzeit eine Konkretisierung erfolgt, das heißt konkrete Projekte auf den Weg gebracht werden. Meine Damen und Herren, die Menschen spüren nur an konkreten Projekten, was es mit Europa zu tun hat. Wir können ihnen viel erzählen, dass es wichtig sei, aber sie spüren es am konkreten Projekt. Insofern sollte man deutlich sagen: Auch die Legislative muss sich bei den Partnerschaften an konkreten Ergebnissen messen lassen.

Ich begrüße außerordentlich, dass der Landtagspräsident, Herr Kayenburg, in einer der letzten Europaausschusssitzungen genau darauf hingewiesen und gesagt hat - ich darf das Wort, das Sie nicht benutzt haben, hier einmal verwenden -: Es nutzt nichts, hier eine Art Tagungstourismus zu machen, sondern wir müssen auch in den Parlamentspartnerschaften konkrete Ergebnisse vorlegen. - Ich kann Ihnen sagen, Herr Kayenburg: Für diesen Ansatz haben Sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall)

Eine dritte Botschaft zum Schluss: Ein lebendiges Europa der Regionen gibt uns als Schleswig-Holsteinern die Möglichkeit, auf der Bundesebene stärker mitzuwirken und dort Einfluss auszuüben. Deshalb ist die Fortführung der **Föderalismusdebatte** für uns als Europapolitiker von großer Wichtigkeit. Deshalb ist das Frühwarnsystem, über das wir gleich sprechen werden, wichtig. Deshalb ist auch die Diskussion über die Stellung der Landtage und der Landesregierungen in dieser Föderalismusdebatte bezogen auf die europäische Dimension für uns von großer Bedeutung und auch hier werden wir uns weiter einmischen.

Wir wissen: Nationale Politik betrifft immer sowohl die europäische als auch die regionale Ebene: Keine Steuerreform, keine Arbeitsmarktreform oder Sozialreform steht mehr für sich allein. Immer ist Europafähigkeit gefragt. Die Politikverschränkung der verschiedenen Ebenen wird sich fortsetzen. Schon deshalb ist die regionale Ebene verpflichtet, diesen föderalen Prozess zu beeinflussen.

Ich fasse zusammen: Die erste echte europäische Verfassungsdebatte ist schon jetzt zu einem Wettbewerb der Ideen geworden. Das ist gut so. Wir wollen

(Rolf Fischer)

in diese Debatte mit einer umfassenden neuen Konzeption eines Europas der Regionen einsteigen und deutlich machen, dass **regionale Identität** einer europäischen Identität nicht widerspricht, sondern diese geradezu befördern kann. Ich muss sagen können: Ich bin Kieler, ich bin Schleswig-Holsteiner, ich bin Deutscher und ich bin Europäer, ohne dass ich in eine Identitätskrise komme. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss. Ich bin sicher, dass es uns gelingt, mit dieser Diskussion mehr Zustimmung und mehr Akzeptanz für Europa zu schaffen. Damit habe ich 27 Sekunden vor Ablauf meiner Redezeit Schluss gemacht. Ich verneige mich vor der Präsidentin, die darauf hingewiesen hat, dass wir schnell Schluss machen sollen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege Fischer, der Abstand schmilzt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort. - Ich möchte noch einmal sagen: Liebe Kollegen, Applaus ist in diesem Haus grundsätzlich gestattet.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht um die Frage, wie man europäische Identität schaffen und europäisches Wir-Gefühl fördern kann, und zwar speziell in Schleswig-Holstein, natürlich aber auch überhaupt. Ich denke, dass der Antrag der Grünen, auch wenn er ein paar Punkte dazu enthält, einfach zu kurz springt. Es mag Sie vielleicht überraschen, wenn ein Bildungspolitiker dies sagt, aber es ist schlicht und ergreifend falsch, Europa primär als eine Erklärungs- oder Belehrungsaufgabe zu verstehen; als die Antwort auf die Frage, wie man europäische Identität im Schulunterricht und in entsprechenden Lehrplänen oder durch den durchs Land reisenden Europaausschuss vermittelt. Ich gehöre selbst dazu. Die Kollegen machen sicherlich alles, was im Rahmen der Arbeitskapazität möglich ist. Damit wird es leider nichts werden, das Ziel, eine europäische Identität nachhaltig zu entwickeln, zu erreichen.

Identitätsbildung ist primär eine Frage der konkreten Erfahrung. Das gilt keineswegs nur für die Europapolitik und die europäische Integration, sondern generell.

(Beifall bei FDP und SSW)

Um es ganz allgemein zu formulieren: Sie erfolgt durch gemeinsame Arbeit an der Bewältigung von Problemen oder Aufgaben, deren Lösung alle für dringlich halten. Wenn man das zustande bringt, dann bringt das Sinnstiftung. Es wurde schon angesprochen, dass dabei das **Konkrete** das Abstrakte schlägt. Man muss selbst am konkreten Beispiel erfahren, dass europäische Zusammenarbeit von Vorteil ist und Nutzen bringt. Das wirkt ungleich stärker und nachhaltiger als ein Lehrervortrag oder eine Marketingkampagne. Letzte wird es sowieso geben, aber sie greift ins Leere, wenn die konkrete Alltagserfahrung fehlt.

Es ist uns allen klar, dass in Europa ein Mangel an einem solchen **Wir-Gefühl** und ein Mangel an europäischer Identität besteht. Es sieht so aus, als würde Europa vielfach als ein Club verstanden, bei dem es darum geht, für sich selbst möglichst viel aus der gemeinsamen Vereinskasse abzuwickeln. Gerade deshalb ist das, was wir vorhin im Rahmen des anderen Tagesordnungspunkts besprochen haben, so wichtig, nämlich dass man die EU-Töpfe vor allem auf **überregionale Kooperationsvorhaben** ausrichtet, um so die Möglichkeit zu geben, gemeinsame Arbeiten mehrerer europäischer Partner an der Lösung gemeinsamer Probleme mit Ressourcen der EU zu fördern. Das ist wichtig. Hier ergibt sich die Chance, auch den Erfahrungsprozess zu organisieren, dass das Miteinander hilft und dass man damit vorankommt, statt bloß für die eigene Tasche und für sich selbst möglichst viel herauszuholen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht bei der Wirtschaftsentwicklung in strukturschwachen Regionen um solche Kooperationsvorhaben. Das Thema hatten wir gerade. Auch bei der Bewältigung von Umweltproblemen geht es darum. Schiffssicherheit auf der Ostsee ist etwas, das wir nur zusammen hinkriegen. Wir haben in den letzten Monaten unzählige Male darüber diskutiert. Auch Deutschland ist im weltweiten Maßstab ein Staat mittlerer Größenordnung. Dass kleinere und mittlere Staaten sich in Wissenschaft und Forschung in der internationalen Spitze nur dann behaupten können, wenn sie ihre Kräfte bündeln, kann man konkret durch Kooperationsvorhaben in **Wissenschaft und Forschung** zeigen. Dass auch im Kulturbereich sehr viel Potenzial steckt, ist angesprochen worden. Ich denke, man kann begreiflich machen, dass die Nationalkulturen Teil einer gemeinsamen europäischen Kulturgeschichte sind und dass es in dieser europäischen Kulturgeschichte unendlich viele Wechselbeziehungen gibt. Dies kann man dann, wenn man gemeinsame europäische Kulturinitiativen entwickelt, sehr gut deutlich machen.

(Dr. Ekkehard Klug)

Identitätsstiftung funktioniert also nur über konkretes Handeln, bei dem die Beteiligten in der Praxis die Erfahrung machen, dass es für sie sinnvoll ist, gemeinsame Probleme zusammen anzugehen. Insofern ist die Arbeit an der europäischen Identitätsstiftung heute auch etwas anders als in der 50er- und 60er-Jahren, als die europäischen Institutionen begründet worden sind. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lag Europa in Trümmern. Diese Trümmerlandschaft, diese europäische Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, hat den damals handelnden Menschen unmittelbar den Sinn einer Schaffung gemeinsamer europäischer Strukturen und Institutionen sowie einer gemeinsamen europäischen Politik deutlich gemacht. Das lag auf der Hand und war die Konsequenz aus der katastrophalen europäischen Geschichte. In Deutschland kam hinzu, dass bei uns der Nationalismus durch das Dritte Reich ebenso wie jede Nationalidee dermaßen diskreditiert war, dass diese Europa-Begeisterung in gewisser Hinsicht einen Ersatznationalismus dargestellt hat.

Als Fakt muss man hinnehmen, dass in den Folgejahrzehnten in Sachen Europa ein Prozess der Veralltäglichen eingetreten ist. Es gibt viele Selbstverständlichkeiten. Man kann die Leute mit dem historischen Bezug auf Europa als Friedensgemeinschaft nicht mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Das ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Das ist etwas unglaublich Schönes und es zeigt den Erfolg der europäischen Integration. Man muss als politisches Faktum aber hinnehmen, dass die Menschen das heute als alltägliche Selbstverständlichkeit sehen. Es ist auch ein Prozess der Banalisierung eingetreten. Ich nenne als Stichwort die Krümmung der Gurken.

Leider ist auch eine Entwicklung eingetreten, die dazu geführt hat, dass manches, was aus Brüssel kommt, von den Menschen als knallharte Belästigung empfunden wird. Darüber haben wir auch schon gesprochen. Denken Sie an den Redeschwall des Kollegen Claus Ehlers, den dieser in einer unserer Europadebatten vor der Sommerpause nach den Referentenbeiträgen am Rednerpult zelebriert hat. Dieses Beispiel hat deutlich gemacht, dass vieles, was aus Brüssel als Überbürokratisierung oder Überreglementierung gekommen ist, von vielen Menschen als Belästigung, Belastung und Behinderung empfunden wird. Das muss man wegräumen.

Alle diese Dinge sind Ausgangspunkt. Deshalb ist die Zeit vorbei, in der es möglich war, irgendeinem beliebigen Kuhfladen das Etikett europäisch anzuheften. Dann sind die Leute einmal vor Entzücken drum herum gehüpft. Diese Zeiten sind endgültig vorbei. Man muss diese Identität über die Ermöglichung konkreter europäischer Erfahrungen und über den Nutzen des

konkreten Miteinanders und der Zusammenarbeit in vielen kleinen Bausteinen aufbauen. Das ist die Kernaufgabe.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Den Antrag der Fraktion der Grünen können wir nicht unterstützen. Er ist gut gemeint, aber ich meine, er greift inhaltlich deutlich zu kurz. Dem Antrag der beiden Koalitionsfraktionen können wir zustimmen, auch wenn natürlich klar ist, dass es mit solchen Resolutionen nicht getan ist. Wir müssen diese Prozesse der konkreten europäischen Entwicklung, wie ich sie angesprochen habe, voranbringen. Das wird das notwendige Verständnis und die notwendige Identität sowie das notwendige Wir-Gefühl hervorbringen. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wir danken dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug. - Das Wort für den SSW erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Europa in der Vertrauenskrise“, dies war jüngst die Überschrift in einer angesehenen deutschen Tageszeitung, in der über die aktuelle Krise der Europäischen Union nach den beiden Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden zur **Europäischen Verfassung** berichtet wurde. In der Tat ist es wohl nicht übertrieben zu sagen, dass die Verantwortlichen in der EU nach dem Nein zur Verfassung völlig kopflos und hilflos agieren. Wir haben das schon in einer Debatte vor der Sommerpause miteinander diskutiert.

Auch die Ergebnisse der Parlamentswahl in Polen am letzten Sonntag, wo eine stark nationalistische, bürgerliche Partei als Sieger aus den Wahlen hervorging, sind Teil eines europaweiten Trends, bei dem man mit populistischen Parolen gegen die europäische Integration auf Stimmenfang gehen kann. Bei den Streitigkeiten über die zukünftige Entwicklung der EU geht es sowohl um Fragen der Vertiefung der Zusammenarbeit als auch um die wichtige Frage, wo die Grenze der Aufnahme-fähigkeit der Europäischen Union ist.

Die britische EU-Präsidentschaft hat die schwere Aufgabe, die verschiedenen Interessen aufzugreifen und in handlungsfähige Politik umzusetzen. Ob dies in den nächsten Monaten gelingt, ist aus meiner Sicht mehr als zweifelhaft, zum einen, weil Großbritannien selbst einer der Hauptakteure bei dem gescheiterten

(Anke Spoorendonk)

EU-Gipfel im Juni war, und zum anderen, weil die Vorschläge aus London nicht in allen Ländern der EU Beifall finden. Sicherlich hat Premierminister Tony Blair im Prinzip Recht, wenn er die Auffassung vertritt, dass die EU nicht in alle Ewigkeit über 40 % ihres Budgets für landwirtschaftliche Subventionen ausgeben kann. Wir müssen in Europa umsteuern und in Zukunft viel mehr Geld für Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgeben, wenn wir im globalen Wettbewerb mithalten wollen. So weit kann man Großbritannien sicherlich folgen.

(Beifall beim SSW)

Aber der Teufel liegt im Detail. Die jetzt geplante Umschichtung für eine Wachstumsinitiative der britischen Präsidentschaft trifft auch die für Schleswig-Holstein so wichtige **Strukturförderung** der EU. Das ist schon angesprochen worden, aber es ist ein wichtiger Punkt. Nach Angaben der Landesregierung würden damit um die 250 Millionen € für strukturschwache Regionen in **Schleswig-Holstein** in Gefahr kommen. Darum begrüßen wir ganz ausdrücklich die Initiative der Minister Döring und Austermann, die in einem Brief die noch amtierende Bundesregierung dazu auffordern, dass sie sich gegen den britischen Plan einsetzt. Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt gerade dieses Beispiel, wie schwer es ist, innerhalb der Europäischen Union auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Die Verteilungskämpfe und Interessengegensätze sind seit dem Beitritt der osteuropäischen Länder noch größer geworden.

Mit der Aufnahme von weiteren neuen Ländern werden die Probleme nicht kleiner werden. Der dänischen Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen hat Anfang dieser Woche erklärt, dass er den Verfassungsentwurf in der jetzigen Form für tot hält. Seine Rede, die sich auch mit der zukünftigen Rolle der Türkei beschäftigt, hat in Dänemark für große Diskussionen gesorgt, weil der dänische Ministerpräsident als starker EU-Befürworter gilt. Fogh Rasmussen plädiert für eine Denkpause in der Entwicklung der EU und fordert von den Politikerinnen und Politikern, dass sie mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, bevor man neue Beschlüsse trifft. Das ist aber - das wissen Sie alle - leichter gesagt als getan.

Überall in Europa sind die Menschen besorgt über die Entwicklung und sehen im Moment kaum noch den Nutzen der europäischen Zusammenarbeit. Deshalb muss es in Zukunft darauf ankommen, den Menschen in Europa die Vorteile dieser Zusammenarbeit näher zu bringen. Dabei kommt man nicht umhin, den Grad der Zusammenarbeit näher zu definieren. Mit Nutzen und Vorteilen meine ich nicht in erster Linie materielle Vorteile, ich meine im Grunde das Gleiche, was

Kollege Klug in seinem Beitrag angesprochen hat, also das, was wir als Mehrwert zu umschreiben versuchen, als Bereicherung, als das, was letztlich für die Menschen vor Ort existenziell ist. Wofür Brüssel, Berlin und die einzelnen Regionen künftig zuständig sein sollen, muss also in diesem Zusammenhang künftig geregelt werden.

Grundsätzlich unterstützt der SSW daher den Ansatz von CDU und SPD, dass das **Europa der Regionen** gestärkt werden muss. Nur vor Ort können die Menschen von den Vorzügen der europäischen Zusammenarbeit überzeugt werden. Allerdings haben wir immer noch unsere Zweifel, ob das denn hauptsächlich mit dem **Ausschuss der Regionen** erreicht werden kann. Aus unserer Sicht wäre es besser, die Regionen selbst zu stärken, zum Beispiel indem den deutschen Bundesländern wirkliche Gestaltungsmöglichkeiten zurückgegeben werden, also das, was wir in anderen Zusammenhängen als **Förderalismusreform** angesprochen haben.

(Beifall bei SSW und FDP)

Wir sehen also den Ausschuss der Regionen als einen Umweg, der wenig transparent ist und somit eher Teil des Problems und nicht die Lösung des Problems.

(Beifall beim SSW)

Ausdrücklich zustimmen kann der SSW Punkt 3 des CDU-SPD-Antrages, in dem der Kooperation von Nachbarregionen eine hohe europapolitische Bedeutung beigemessen wird. Gerade in der Zusammenarbeit mit Dänemark und den Partnern des „Parlamentsforums Südliche Ostsee“, mit den Partnern in der Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten haben wir konkrete Ergebnisse erreicht und dort muss es weiterhin um konkrete Ergebnisse gehen, die dann auch die Bürger erreichen. Das ist das, was schon von meinen Vorrednern angesprochen worden ist und wozu ich wirklich nur sagen kann, das ist das Zentrale.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich muss es so deutlich sagen: Ich denke nicht, dass man europäische Identität per Antrag schaffen kann. Ich weiß, das ist nicht das, was Sie wollen.

(Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das lassen wir uns auch nicht unterstellen!)

- Das tue ich auch nicht. Aber ich finde, man muss diese Diskussion noch einmal führen, ob man **europäische Identität** einfach so per Lehrplan in den Schulen „durchführen“ kann - unter dem Strich betrachtet wohl nicht. Man kommt weiter, wenn man es selbst erlebt und wenn es selbst gelebt wird. Dass die Europaschulen eine hervorragende Arbeit leisten,

(Anke Spoorendonk)

wissen wir. Ich möchte aber auch noch einmal ansprechen, dass es nicht nur um die Europaschulen gehen kann. Herr Kollege Ritzek hat immer wieder gesagt, es gebe auch andere Schulen und alle Schulen in Schleswig-Holstein seien gefragt. Da sind wir einer Meinung. Ich möchte auch noch einmal auf die hervorragende Arbeit der Europaklassen hinweisen, die Zusammenarbeit zwischen Niebüll und Tøndern. Das ist gelebte europäische Zusammenarbeit. Dort erfahren Schülerinnen und Schüler am eigenen Leibe, was es bringt, wenn man Unterricht nicht nur anders gestaltet, sondern wenn man sich auch aufeinander zubewegt, indem man also wirklich räumliche Distanzen überwindet. Ich denke, diese Arbeit darf nicht vergessen werden.

(Beifall bei SSW, SPD und FDP)

Gleichwohl darf man nicht übersehen, dass man in vielen europäischen Ländern sehr wohl im positiven Sinne ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein hat und nicht gedenkt, diese **nationale Identität** mit einer wie auch immer definierten europäischen Identität zu tauschen. Diese Tatsache muss man ganz einfach als europäische Realität anerkennen, wenn man die Zusammenarbeit innerhalb Europas voranbringen will. Herr Kollege Fischer hat es auch schon angesprochen. Es muss also darum gehen, dass die Menschen in Europa am eigenen Leib spüren, was ihnen die europäische Zusammenarbeit bringt, dass diese Zusammenarbeit den Alltag verändert, den Alltag bereichert, den Horizont erweitert. Dabei ist es natürlich auch wichtig, wie wir denn das Europa von morgen organisieren wollen. Aus Sicht des SSW ist es wichtig, daran festzuhalten, dass wir ein soziales Europa wollen, in dem der **Sozialstaatsgedanke** ein tragender Gedanke der europäischen Zusammenarbeit bleibt.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vor diesem Hintergrund appelliere ich an alle, noch einmal ein bisschen weiter zu denken, denn wir führen diese Diskussion häufig als reine EU-Diskussion. Das macht ja auch nichts, aber europäische Zusammenarbeit hat noch einen weiteren Eckpfeiler, das ist die Arbeit des **Europarates**. Das ist eine Arbeit, die fast in Vergessenheit geraten ist. Wenn wir uns mit europäischen Werten befassen, dann ist die Arbeit des Europarates von entscheidender Bedeutung. Ich denke mir, es wäre schön, wenn wir uns um europäische Identität bemühen, dass wir dies einbeziehen.

(Beifall beim SSW)

Wir wollen - das sage ich zum Schluss - ein Europa, in dem die verschiedenen Nationalitäten, Minderheiten und Kulturen gleichberechtigt und friedlich ne-

beneinander und miteinander leben und gedeihen können. Das ist die große Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren zu bewältigen haben. Sie umzusetzen - das wissen wir alle -, ist ganz schwierig, kostet viel Kraft, aber die Sache ist es wert.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Kollegin Spoorendonk und erteile nunmehr Frau Abgeordneter Anne Lütkes zu einem Dreiminutenbeitrag das Wort.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Klug, der Bildungsbegriff von Ihnen als bildungspolitischem Sprecher der FDP hat mich etwas entsetzt, denn unseren Hinweis, dass die Schaffung europäischer Identität bei der Bildung ansetzen und nicht aufhören muss, so zu interpretieren, es sei damit gemeint, einen Lehrervortrag, ein Marketingkonzept, einen Frontalunterricht über Europa initiieren zu wollen, finde ich doch - fast hätte ich gesagt - ein bisschen zu viel der Ehre.

Ich darf nur einmal in Richtung Sozialdemokraten daran erinnern, dass Oskar Negt deutlich darauf hingewiesen hat, dass das exemplarische Lernen die Entwicklung der Gedanken und der Identität ganz hervorragend voranbringt und dass es mir daran anknüpfend nicht notwendig schien, in unserem Antrag den Begriff Bildung ausführlich zu erläutern. Nach meinen Erfahrungen in den letzten fünf Jahren glaube ich, dass wir gerade in diesem Parlament gemeinsam von einem weiten Bildungsbegriff ausgehen dürfen.

Ich möchte deshalb noch einmal wiederholen, was ich auch in meiner Begründung zum Antrag gesagt habe. Ich muss etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen, oder - wie Habermas sagt -: In der Praxis von Bürgern entwickelt sich die Teilnahme, die Kommunikation und der Gemeinschaftssinn. - Ich sehe da einen Scheinwiderspruch, auf dem sich gut herumreiten lässt, der aber in der Praxis nicht konkret existiert. Das Gleiche geht auch an Frau Spoorendonk.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich schlage folgendes Verfahren vor. - Abstimmung zu a): Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag in Nummer 2 der Drucksache 16/157 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

(Präsident Martin Kayenburg)

Weiter ist beantragt worden, die Nummern 1 und 3 des Antrages Drucksache 16/157 federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zu überweisen sowie den mündlichen Bericht der Landesregierung, der auch noch in schriftlicher Fassung vorgelegt werden soll - im Übrigen verweise ich auf das Protokoll - federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf auf der Tribüne ganz herzlich den ehemaligen Vizepräsidenten des Landtages, Herrn Alfred Schulz, begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Zu b) ist ebenfalls Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/218 dem Europaausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 39 auf:

Mitwirkung des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei der Subsidiaritätskontrolle und dem Frühwarnsystem im Zuge europäischer Gesetzgebungsverfahren

Landtagsbeschluss vom 16. Juni 2005
Drucksache 16/110

Es ist ein mündlicher Bericht der Landesregierung erbeten worden. Ich erteile dem Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Herrn Uwe Döring, das Wort. - Bitte.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht die Dinge wiederholen, die wir gerade eben schon genannt haben,

(Beifall)

nämlich die Gründe dafür, dass wir uns mit diesem Punkt beschäftigen, sondern gleich dazu übergehen, was wir unter Subsidiaritätskontrolle und der Möglichkeit verstehen, rechtzeitig Frühwarnsysteme aufzubauen.

Es ist schon von einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet durch die Ablehnung des Entwurfs der Europäischen Verfassung ein Regelwerk abgelehnt worden ist, das zum Teil das beheben wollte, was man kritisiert hat und was mit Grund der Ablehnung war. Denn das Frühwarnsystem war ja darin enthalten.

(Rolf Fischer [SPD]: Das war gut!)

- Das war ausgezeichnet. Das hat man damit zunächst einmal hinfällig gemacht.

Ich hoffe, dass wir im weiteren Beratungsprozess zu einem Ergebnis kommen, auch wenn die jetzige Form des Verfassungsvertrages sicherlich tot ist. Das muss man wohl so feststellen. Ich hoffe, dass die Teile der Verfassung, die nutzbar waren, gerettet werden und dass entsprechende Regelungen gefunden werden, sodass das möglichst schnell in Kraft treten kann. Das wäre für die Akzeptanz der Entscheidungen ganz wichtig.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten
Anke Spoorendonk [SSW])

Wir brauchen ein solches **Frühwarnsystem**, damit insbesondere die Länder, aber auch die Nationalstaaten rechtzeitig eingebunden sind. Die Verfassung sah vor, dass es in diesen Fragen eine Frist geben sollte, die mit sechs Wochen allerdings sehr eng bemessen war, in denen das beraten werden kann. Wenn am Schluss ein Drittel der nationalen Parlamente dies abgelehnt hätte, wäre es entweder hinfällig oder man hätte es noch einmal qualifiziert begründen müssen. Dies wird jetzt so schnell nicht kommen. Die Frage ist, was wir in der Zwischenzeit machen.

Wie notwendig so etwas ist, sehen wir gerade an den Punkten, die wir in den letzten Tagen öffentlich gemacht haben. Herr Kollege Austermann und ich haben einen Brief Richtung Berlin auf den Weg gebracht, nachdem uns die Information erreichte, dass die britische Präsidentschaft gravierende Änderungen plant. Sie alle wissen, dass die Finanzielle Vorausschau gekürzt werden soll. Zunächst war überlegt worden, auf dem Agrarsektor noch stärker zu kürzen. Das ist insbesondere am Widerstand von Frankreich und Deutschland gescheitert. Gleichzeitig wurde über den so genannten Britenrabatt diskutiert. Dort gab es heftigen Widerstand und letztlich das Scheitern der Finanziellen Vorausschau. Jetzt soll offenbar der Versuch gemacht werden, die Kürzungen in einem anderen Bereich zu erbringen, in einem Bereich, in dem man sich geringeren Widerstand erhofft. Das ist genau der Bereich, von dem wir nachhaltig profitieren. Es geht um die so genannte künftige **Ziel 2-Förderung**. Es geht nicht um die Ziel 1-Förderung für benachteiligte Gebiete in den neu hinzugekommenen Mitgliedstaaten und in einigen anderen Regionen Europas, übrigens auch noch in einem Teil der ostdeutschen Länder. Es geht vielmehr um die Fördermittel für **strukturschwache Gebiete** in den alten Ländern der Bundesrepublik.

(Minister Uwe Döring)

Wenn die 250 Millionen € - im EU-Haushalt macht das 57 Milliarden € aus - fehlen werden, dann ist unsere Förderpolitik in Schleswig-Holstein am Ende. Das ist das ganze Geld von Herrn Austermann. Der EFRE wäre am Ende, der Europäische Sozialfonds in einigen Bereichen wahrscheinlich auch. Das wäre eine Katastrophe für uns.

Wir müssen gegenüber Berlin deutlich machen, dass wir das nicht akzeptieren können, auch keine anteilige Kürzung. Wir müssen mit diesen Mitteln weiterhin die Strukturen in diesem Lande mit aufbauen.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir haben überlegt, wen wir eigentlich anschreiben sollen. Natürlich sind das erst einmal der Finanzminister und der Wirtschaftsminister. Ich möchte an dieser Stelle allerdings auch einmal den Vorschlag in die Diskussion einbringen, vor dem Hintergrund einer neuen Regierungsbildung in Berlin jemanden zu finden, der auf **Ministerebene** für **Europa** zuständig ist.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten
Anke Spoorendonk [SSW])

Wir haben inzwischen so viele nachhaltige Entscheidungen zu treffen, dass das für Außenpolitik eigentlich eine zu ernste Angelegenheit geworden ist. Es gibt genügend andere Dinge in der Welt, mit denen sich ein Außenminister beschäftigen muss. Hier geht es um knallharte europäische Innenpolitik und dafür muss es einen klaren Ansprechpartner geben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wäre etwas für Schröder!)

- Es werden weitere Vorschläge entgegengenommen.

(Heiterkeit)

Ich bin nicht dafür, eine neue Bürokratie, ein neues Ministerium aufzubauen; man könnte so etwas im Kanzleramt ansiedeln. Man sollte sich wirklich einmal überlegen, ob das nicht sinnvoll ist. Andere Nationalstaaten praktizieren das mit entsprechendem Erfolg. Dort gibt es eindeutig zuständige Personen, die sich um Brüssel kümmern, die sich um das Geschehen dort kümmern. Das wäre vielleicht ein Weg, mit dem man entsprechende Erfolge erreichen könnte und wir als Länder klare Ansprechpartner hätten.

Ich komme jetzt zu den Punkten des Berichtsantrages und der Frage, wie wir bei uns ein entsprechendes System installieren können. Wir werden uns im Kabinett noch intensiv mit der Frage beschäftigen, wie es die Landesregierung eigentlich handhabt. Ich schlage Ihnen vor, dass wir sehr rechtzeitig alle Informationen, die wir als Regierung haben, an den Europaausschuss weiterleiten. Dies wird in Teilen allerdings

nicht gefiltert sein können. Das wollen Sie sicherlich auch gar nicht. Das heißt, Sie werden sich darauf einstellen müssen, dass viel Papier auf Sie zukommt. Das ist der eine Punkt.

Wir werden Sie sehr frühzeitig über alles das unterrichten, was wir in den Gremien, in denen wir beteiligt sind, in Brüssel beraten. Wir werden Ihnen diese Papiere so weit zur Entscheidung vorlegen - auch Informationen, wie wir sie jetzt bekommen haben -, dass Sie rechtzeitig zusammentreten können, um sich eine Meinung bilden und Entscheidungen treffen zu können.

Sie werden allerdings ein Problem haben, auch wenn die Regelungen einer künftigen Europäischen Verfassung in Kraft treten würden: Es sind in jedem Fall sehr sportliche Zeitpläne einzuhalten. Ich vermute einmal, dass alle diese Sachen keine Rücksicht auf die Tagungsintensität oder die Daten nehmen werden, zu denen der Landtag beziehungsweise der Europaausschuss planmäßig zusammenkommt. Das heißt - das ist meine Überlegung -, man wird miteinander vereinbaren müssen, dass der Europaausschuss eine besondere Funktion bekommt.

Ich weiß nicht, wie weit die Beratungen in den einzelnen Fraktionen sind. In der letzten Legislaturperiode gab es die Überlegung, ein Parlamentsinformationsgesetz zu beschließen. Falls Sie das wieder aufleben lassen sollten, was ich nicht weiß - das liegt in Ihrer Hand -, dann wäre es sinnvoll, an dieser Stelle so etwas einzubauen. Falls das nicht der Fall ist, müssen wir das auf andere Weise regeln. Es muss dann geregelt werden, dass der **Europaausschuss** dann, wenn der Landtag nicht zusammentreten kann, Entscheidungen treffen kann, die einer Landtagsentscheidung entsprechen. Ob man das dann Europakammer nennt, wie man es im Bundesrat macht, oder ob man besondere Regelungen über die Geschäftsordnung trifft, haben wiederum Sie zu entscheiden. Wenn Sie rechtzeitig Informationen von uns bekommen und kurze Zeiträume haben, dann müssen Sie Regelungen treffen, durch die sichergestellt ist, dass Sie innerhalb dieser Zeiträume auch Entscheidungen treffen. Sonst nützt uns das Frühwarnsystem alles nichts.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Anke Spoorendonk [SSW])

Das heißt, Sie werden die Rolle der einzelnen Ausschüsse noch einmal überdenken müssen. Das ist ein Vorschlag, über den zu entscheiden Ihnen obliegt. Wir werden als Regierung dafür sorgen, dass Sie alle notwendigen Informationen so zeitnah bekommen, dass Sie darüber entscheiden können.

(Minister Uwe Döring)

Zu dem zweiten Punkt, den Sie angeführt haben, nämlich wie es auf **Parlamentsebene** aussieht, kann ich nur sagen: Ich biete Ihnen die Zusammenarbeit an. Ich habe vom Herrn Präsidenten gehört, dass sich die Landtagspräsidenten in Kürze zusammenfinden werden, um darüber zu beraten, wie andere Parlamente damit umgehen. Dem will ich nicht vorgreifen. Es wird sicherlich in der Landtagspräsidentenkonferenz demnächst eine entsprechende Abstimmung und Vorschläge dazu geben, wie man das macht. Da können wir Sie nur unterstützen. Das ist eine Sache, die letztlich das Parlament selbst regeln muss.

Zu dem dritten Punkt, was die Funktionsfähigkeit eines Frühwarnsystems auf **nationaler Ebene** angeht, so können wir auch hierfür noch keine belastbaren Erkenntnisse anbieten. Aber es gibt konzeptionelle Überlegungen, die heißen: Vereinbarung der Länder mit der Bundesregierung hinsichtlich ausreichender Informationen im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems, Zusicherung der Bundesregierung - das ist der zweite Punkt -, entsprechende Subsidiaritätsklagen der Länder unverändert und unverzüglich weiterzuleiten. Damit wird eine direkte Klagebefugnis der Länder ohne Einmischung der Bundesregierung beim Europäischen Gerichtshof auf Einhaltung der EU-Kompetenzordnung geschaffen. Als Drittes ist die Verständigung der Länder im Bundesrat zu nennen, das Klagebegehren auch nur eines Landes wechselseitig zu unterstützen, sodass es dort zu entsprechenden Entscheidungen kommen kann, und eine Reihe weiterer in Vorbereitung befindlicher Punkte, die die aktive Beteiligung der Länder am europäischen Gesetzgebungsprozess ermöglichen.

Allerdings bleibt die Frage nach der Funktionsfähigkeit dieses Systems. Da kann ich auch keine sicheren Voraussagen treffen. Wir werden das erproben müssen. Wir werden auch in Kauf nehmen müssen, dass wir vielleicht das eine oder andere hinterher noch einmal korrigieren müssen, dass wir nachsteuern müssen. Dass wir aber eine solche Regelung für die Zukunft brauchen, ist unbestritten.

Ich kann dem Landtag nur empfehlen, sich sehr zügig und rechtzeitig mit diesen Dingen auseinander zu setzen. Die entsprechende Unterstützung und Beratung durch die Landesregierung bekommen Sie. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir an dieser Stelle, an der es um die Interessen des Landes geht, an einem Strang ziehen und mit Nachdruck versuchen, unseren Interessen sowohl in Berlin als auch in Brüssel Geltung zu verschaffen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, ich danke Ihnen für den ausführlichen und Aufschluss gebenden Bericht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da ich weiß, dass einige der Kollegen um 13 Uhr Termine haben, bitte ich zu prüfen, ob die nachfolgenden Redner mit etwa der Hälfte ihrer Redezeit zurechtkommen; sonst habe ich Sorge wegen der Beschlussfähigkeit ab 13 Uhr.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In fünf Minuten werde ich es nicht ganz schaffen. Aber ich werde versuchen, die zehn Minuten nicht voll auszuschöpfen. Ich überschlage gleich einmal die ersten Seiten. Es gibt - wie wir alle wissen - unsinnige Regelungen und es gibt einige gravierende Entscheidungen in den EU-Gesetzgebungsverfahren, die uns sehr belasten.

Zu den unsinnigen Regelungen gehört die Richtlinie zur Menge des Pökelsalzes im schleswig-holsteinischen Katenschinken oder die Verabschiedung des Seilbahngesetzes in Schleswig-Holstein vor etwa zwei Jahren oder die Regelung zur Krümmung der Gurken. Es gibt aber auch schwierige Entscheidungen, die uns wehtun. Dazu gehören zum Beispiel die Chemikalienrichtlinie und die Dienstleistungsrichtlinie. Deshalb ist das Thema Subsidiarität und **Frühwarnsystem** heute und für die Zukunft so wichtig. Das ist wichtig, weil wir Möglichkeiten haben, auf den Entscheidungsprozess der EU einzuwirken. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass sich die Landesregierung und besonders Sie, Herr Minister, soeben eindringlich und überzeugend zu diesem Thema geäußert haben.

Misstrauen und Verunsicherung gegenüber Europa wachsen, wenn Entscheidungen der EU über den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger hinweg ausgebracht werden. Der Eindruck einer **Regulierungswut** schafft keine Begeisterung, was die Zustimmung zur Europäischen Union angeht. Die Bürger brauchen den Sichtkontakt. Um diesen herzustellen, steht unser Antrag zur Mitwirkung bei der Subsidiaritätskontrolle und zum Aufbau eines Frühwarnsystems durch unser Parlament. Wir haben die Chance, daran teilzunehmen - das hat der Minister vorhin gesagt -, auch wenn es schwierig ist, sich zeitgerecht in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum von nur sechs Wochen dazu zu äußern.

Kernstück des Entwurfs einer Europäischen Verfassung ist die erstmalige Einführung einer europäischen

(Manfred Ritzek)

Kompetenzordnung, die die Kompetenzverteilung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten klar abgrenzen soll. Die Grundprinzipien der Zuständigkeiten gliedern sich in ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union, in geteilte Zuständigkeiten und in ergänzende Zuständigkeiten. Nur bei den ausschließlichen Zuständigkeiten hat die EU ein ausschließliches Recht, diese per Gesetz zu gestalten. Allerdings ist in Artikel 9 des Verfassungsentwurfs, in dem der Grundsatz der Subsidiarität festgelegt wird, trotz des Zugestehens des Subsidiaritätsrechts ein Eingriffsrecht verankert, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch regionaler noch lokaler Ebene ausreichend erreicht werden können. An dieser Stelle müssen wir aufpassen. Die EU hat nach dieser Formulierung ausdrücklich die Möglichkeit, einen Sachbereich vollständig an sich zu ziehen. Um das zu verhindern, müssen wir beweisen, dass die lokale und regionale Ebene einen Sachverhalt genauso gut oder besser regeln kann. Das können wir, wenn wir rechtzeitig von den Gesetzesvorhaben Kenntnis haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Möglichkeit der Einflussnahme wird uns durch das im Verfassungsentwurf und in den Protokollen vorgesehene **zweistufige Kontrollsystem** gegeben. Es dient dazu, dem Unterlaufen des Subsidiaritätsprinzips in der Praxis entgegenzutreten, also nicht alles in der Entscheidung der EU zu belassen.

In der ersten Stufe dieses Kontrollsystems wird im Rahmen des europäischen Gesetzgebungsverfahrens ein so genanntes Frühwarnsystem eingeführt, mit dem die nationalen und regionalen Parlamente, also auch unser Parlament, über einen „Subsidiaritätsbogen“ von der Kommission über ein neues Rechtsetzungsverfahren informiert werden. Der Bogen, uns von der EU gegeben, muss ein neues Vorhaben begründen und gleichzeitig erläutern, dass die Einhaltung der Subsidiaritätskriterien gewährleistet ist. Damit können sich die nationalen und regionalen Parlamente ein Bild über die mögliche Beschneidung ihrer Kompetenzen machen.

Innerhalb von sechs Wochen - das ist sehr kurz, wie vorhin vom Minister schon ausgeführt - können die nationalen und die regionalen Parlamente die neuen Gesetzgebungsvorschläge rügen. Entsprechende **Rügen** sind von der Union zu „berücksichtigen“. Im Falle der Rüge durch mehr als ein Drittel aller Mitgliedstaaten muss die Kommission den Gesetzgebungsvorschlag nochmals prüfen. Sie kann jedoch nach der Überprüfung an ihrem Vorschlag festhalten.

Üben wir doch schon einmal das neue Verfahren. Fordern wir doch - das sollte der Europaausschuss tun - schon einmal einen „Subsidiaritätsbogen“ an. Vielleicht gibt es ihn ja schon oder er ist in Vorbereitung. Es sind ja genug Gesetzgebungs- und Verordnungsverfahren in der Pipeline, mehr als 900, wie wir wissen.

Auf alle Fälle haben wir als Parlament hiermit eine starke Kontrollfunktion. Es ist ja ein erheblicher Unterschied, ob wir über europäische Gesetzgebungsverfahren nur informiert werden oder ob das Parlament offizielle Stellungnahmen mit Rechtswirkungen abgeben kann.

Verstärkt wird die Kontrollfunktion auch unseres Parlaments durch Einführung eines eigenen **Klagerechts**, das wir über den Bundesrat einbringen müssen.

Das Frühwarnsystem - darauf weise ich ausdrücklich hin - müssen wir in erster Linie als Gestaltungsinstrument betrachten, nicht als Blockade- oder Verhinderungsinstrument. Aber schnelles Handeln zur Gestaltung ist notwendig. Denn Bundestag und Bundesrat erhalten nach dem Subsidiaritätskontrollmechanismus die Vorschläge der Gesetzgebungsakte. Von dort müssen sofort landesrelevante Vorgänge an die Landesparlamente gegeben werden.

Es kommt zusätzlich darauf an, innerhalb dieser Sechs-Wochen-Frist auch andere Mitgliedstaaten von den Gründen einer Subsidiaritätsrüge zu überzeugen, um eine entsprechende Wirkungsrelevanz von mehr als einem Drittel der Mitglieder zu erhalten.

Eine bedeutende organisatorische Aufgabe liegt vor uns, um unseren Einfluss aktiv zu gestalten. Wenn wir aber schon zu 80 % von der Gesetzgebung der Union betroffen oder tangiert sind, dann müssen wir unseren Handlungs- und Gestaltungsspielraum gegenüber der EU auch ausreichend wahrnehmen und sichern.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich bin überzeugt, dass wir mit unseren Ausschüssen unter Federführung des Europaausschusses, mit unserer Verwaltung, mit unserem Hanse-Office, unseren EU-Abgeordneten und anderen Landesparlamenten das richtige Gestaltungssystem entwickeln können. Wir sollten auch gleich Mitstreiter ins Boot nehmen, so die norddeutschen Landesparlamente und die Mitglieder im „Parlamentsforum Südliche Ostsee“. Dieses Thema könnte dort zu einem Schwerpunktthema werden.

(Manfred Ritzek)

Unsere Mitwirkung im europäischen Entscheidungsprozess bleibt immer aktuell. Packen wir es an! - Ich bitte um Überweisung an den Europaausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bedanke mich bei dem Kollegen Ritzek - auch dafür, dass er die Redezeit nicht ausgeschöpft hat.

Ich erteile nunmehr für die Fraktion der SPD der Vorsitzenden des Europaausschusses, der Kollegin Astrid Höfs, das Wort.

Astrid Höfs [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir schon gedacht, dass es um diese Zeit ganz wichtig ist, nicht unendlich lange Beiträge zu leisten, und habe deshalb meinen Beitrag schon etwas gekürzt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herzlichen Dank, Herr Minister Döring, für den ausführlichen Bericht. Ich bedanke mich auch ausdrücklich für die angebotene Unterstützung für die weiteren Beratungen.

Die Subsidiaritätskontrollen und das Frühwarnsystem sind für uns wichtige Instrumente, um das **europäische Gesetzgebungsverfahren** schneller erkennbar und nutzbar zu machen.

Europapolitik ist auch Landespolitik, denn die zunehmenden Verflechtungen zwischen den europäischen, den nationalen und den regionalen Entscheidungen und Politiken erfordern zur Wahrnehmung unserer Landesinteressen eine frühzeitige und die Politikbereiche übergreifende Bewertung und Positionierung bei europäischen Entscheidungen. Es ist in der Realität so, dass die Bevölkerung es so wahrnimmt: Entscheidungen werden über die Köpfe der Bevölkerung hinweg getroffen. In der Tat, die europäischen Verfahren empfinden wir alle als sehr undurchsichtig.

Wir, die Politiker, möchten natürlich auch nicht, dass die Entscheidungen auf europäischer Ebene über die Köpfe der Landesparlamente getroffen werden. Entscheidungen sollen auf einer möglichst bürgernahen Ebene getroffen werden. Wir benötigen also ein Frühwarnsystem, das Recht, Planungen der EU-Kommission daraufhin zu überprüfen, ob sie dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen. **Europäischer Zentralismus** ist nicht gefragt. Alle Aufgaben, die auf Landesebene wahrgenommen werden können, müssen auch auf dieser Landesebene geregelt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Aber die Informationen müssen auch rechtzeitig bei den Landesparlamenten landen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wenn wir Europa mitgestalten wollen, brauchen wir auch die Mitgestaltung aller Länder.

Der **Ausschuss der Regionen** denkt über ein elektronisches Kontrollsystem nach. Wenn ein Subsidiaritätsvorstoß vorliegt, soll ein Hinweis ins Netz gestellt werden. Die Landtagspräsidenten haben hierzu erste Kontakte aufgenommen. Ein Landesparlament könnte auch an einem Probelauf teilnehmen. Vielleicht macht es auch Sinn, dass sich die Kommunen beteiligen.

Ein großes Problem stellt in der Tat - wie der Minister es angesprochen hat - die Sechs-Wochen-Frist dar. In kurzer Zeit sind eine Information von Brüssel in die Landtage und eine Rückäußerung zur EU kaum möglich. Auch die Frage der Selektion der Information ist zu klären. Eine Europakammer des Landtages als Beschlussorgan, wie der Europaminister vorgeschlagen hat, würde die Entscheidungsprozesse beschleunigen.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Wenn ich die kurzfristigen Informationen an unserem Europaministerium bezüglich der Finanziellen Vorausschauungen über die Strukturmittel bewerte, frage ich mich, ob dies vielleicht ein Vorläufer eines Frühwarnsystems ist. Ein Problem zeichnet sich ab, wenn sich Tony Blair tatsächlich, wie angekündigt, durchsetzt und die Ziel-2-Förderung auflöst. Dann werden die bisherigen Fördergelder nicht mehr fließen. Diese Fördergelder werden nicht irgendwo fehlen. Die Entscheidung würde uns in Schleswig-Holstein in ganz erheblichem Maße treffen, wenn die bisherige regionale und nationale Förderung wegfällt und stattdessen - wie angekündigt - ein rein Brüsseler Fördertopf entsteht. Dann werden wir nur noch die so genannten Starken Mittel abgreifen können. Das würde in jedem Fall dazu führen, dass das Europa der Bürger wieder in weite Ferne rückt.

Wie der Kollege Rolf Fischer bereits betont hat, würden die Bürger dieses Erleben am konkreten Projekt nicht haben. Es wäre völlig daneben. Ein sichtbares Projekt würde total fehlen. Wir beschwerten uns sowieso schon immer darüber, dass die Projekte nicht so sichtbar sind. In diesem Fall würde es total wegfallen. Gut, dass der Europaminister und der Wirtschaftsminister sofort darauf reagiert haben.

(Astrid Höfs)

Das Parlament hat bereits ein **Parlamentsinformationssystem** angedacht und diskutiert. Es ist darüber nachzudenken, ob das Frühwarnsystem dort einfließen kann, eingebunden werden kann. Möglicherweise ist es für alle Beteiligten eine einfache Lösung, wenn möglichst alle Kräfte gebündelt werden. Ich kann mir jedenfalls eine schnellere Informations- und Handlungsmöglichkeit für alle vorstellen.

Das Parlament und das Europaministerium sind aufeinander angewiesen. Das trifft auch auf alle anderen Fachministerien zu. Das gemeinsame Interesse der Landesregierung und des Parlamentes an diesem Frühwarnsystem erfordert gemeinsames Handeln.

Ich stimme dem Europaminister zu, einen **Minister für Europa** in Berlin zu fordern. Ich denke, das wäre eine gute Lösung. So könnten wir noch handlungsfähiger sein.

In jedem Fall werden wir uns mit diesen Vorlagen im Europaausschuss und in den anderen Fachausschüssen abstimmen müssen. Ich beantrage die Überweisung des Berichts an den Europaausschuss federführend und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU - Rolf Fischer [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bedanke mich auch bei der Kollegin Astrid Höfs für diesen sehr gekürzten Beitrag. - Für die Fraktion der FDP erteile ich nunmehr dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

(Zuruf von der CDU: Zu wenig Publikum!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich war der historische Beitrag dem Kollegen Klug überlassen. Ich bin zwar nicht klug, aber dafür sehe ich gut aus.

(Heiterkeit)

Das war ja einmal Bestandteil der Werbekampagne der FDP.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Wir haben in dieser Frage zwei hervorragende Beiträge gehört, nämlich den des Europaexperten Ritzek und den der Kollegin Höfs.

(Beifall)

Ich stimme mit allem, was gesagt worden ist, überein - bis auf die letzte Passage, nämlich die, dass wir

in Berlin einen eigenen Europaminister brauchen. Darüber können wir noch einmal diskutieren.

Da ich Gelegenheit geben will, dass man im Ausschuss noch etwas Neues hört, kann ich meinen Beitrag hier unter Berufung auf meine Vorredner beenden.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Kollegen Kubicki für diesen zielführenden Beitrag.

(Frank Sauter [CDU]: Das war der schönste Beitrag des Tages!)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nunmehr der Fraktionsvorsitzenden, Frau Abgeordneter Anne Lütkes, das Wort.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Weil er der Schönste war, will ich gar nicht versuchen, ihn noch zu toppen. Ich will doch noch etwas zum Inhalt sagen.

(Frank Sauter [CDU]: Das haben wir schon befürchtet!)

Herr Minister Döring, recht herzlichen Dank für den Bericht. Vom Konkreten zum Abstrakten - zum Konkreten, das bestimmt heute die Debatte hier im Landtag. Ich stimme dem Antrag auf Ausschussüberweisung zu. Der Bericht wäre nämlich doch noch etwas mehr mit Fleisch anzufüttern. Es gibt noch sehr viel zu hinterfragen, ist vielleicht auch von Ihnen zu ergänzen.

Festzuhalten bleibt, dass wir in einem Europa der Regionen - wie wir heute schon sehr oft gesagt haben -, der Nationalstaaten sind, aber eben nicht in einem europäischen Bundesstaat. Insofern ist eine hochinteressante Frage zu bestimmen, was besser auf Kommissionsebene erreicht werden kann und was nach den Grundsätzen der Subsidiarität in der Region oder in einem Land erfolgen kann. Dabei ist es interessant, wie wir die Begriffsbestimmungen vornehmen werden.

Die **Ziele der Regionen** und die Ziele der Kommission der EU müssen auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene der Nationen geprüft werden und es muss - insofern liegt die Beweislast bei der Kommission - dargelegt werden, dass ein Zusatznutzen auch tatsächlich gegeben ist. Dieser Zusatznutzen muss nachweislich gegeben sein.

Da jublieren natürlich bei uns Lande alle NATURA-2000-Gegner und wahrscheinlich auch alle Gegner

(Anne Lütkes)

des Antidiskriminierungsgesetzes. Aber so einfach kann man es sich nicht machen.

Ich fasse zusammen, Herr Präsident. Es kommt darauf an, dass es eine Wertekontrolle und eine Nutzungskontrolle gibt, entsprechend etwa dem Zweiten Protokoll, in dem bereits die Anwendungen vorgegeben worden sind. Die Staaten sind - auch dies zusammenfassend - gefordert, die **europäischen Rechtssetzungsakte** sehr viel sorgfälliger und sehr viel früher zu begleiten, aber eben nicht nur die Rechtssetzungsakte, sondern beispielsweise auch die Entwicklung der Grünbücher.

Ich weiß aus direkter Erfahrung, dass die Beobachtung des Europäischen in Schleswig-Holstein durchaus noch entwicklungsfähig ist. Aber auch der Bundestag und der Bundesrat gehen aus unserer Sicht viel zu lasch mit dieser Aufgabe um und wundern sich später, was alles beschlossen worden ist. Das gilt, meine Damen und Herren, quer durch alle Parteien und ich schaue dabei keine einzige nicht an.

Die Regelungswut der Kommission - auch das muss man sagen - macht diese Arbeit allein schon quantitativ schwer. Gut ist es also, wenn das europäische Rechtsetzungssystem durch die Initiative für eine bessere Rechtsetzung, wie es so schön heißt, derzeit fast erschüttert wird. Vor zwei Tagen hat die EU-Kommission insgesamt 68 Rechtsnormen zurückgenommen, die sie zur Entscheidung vorgeschlagen hatte - bis hin zu einer Norm für die Größe von Kaffeeverpackungen.

Auch wenn mir der Herr Präsident nicht nur bildlich gesehen im Nacken sitzt, möchte ich noch auf eines hinweisen.

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Wir haben Zeit!)

- Wir beide schon. - Ich finde, in diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung - das führt uns noch einmal auf unser Thema von vorhin zurück -, dass die Kommission eine **Internetkonsultation** zum Thema der Vereinfachung und der Aktualisierung der bestehenden europäischen Rechtsvorschriften, ihrer 80.000 Seiten, eingeleitet hat und dass jede Bürgerin und jeder Bürger der EU im Internet dazu Stellung nehmen kann.

Ich war versucht, den Link vorzutragen. Aber ich gebe ihn Ihnen schriftlich, Herr Kubicki. Vielleicht schauen Sie auch einmal auf diese Seite. Dort kann man sehr viel über europäische Rechtsetzung lernen.

Entscheidend für die Zukunft ist aber: Wie kann das **Frühwarnsystem**, wie kann die Subsidiaritätskontrolle in einem bürokratischen, föderalen Deutschland

im Konkreten wirken? Wie wird hier entschieden, dass das Nationale, das Regionale überwiegt? Wo werden die Interessen der EU wirklich bestimmt?

Insofern, denke ich, ist der Bericht ein wenig ergänzungsbedürftig. Die **Einbeziehung der Länder** in die Konsultationen ist politisch unbestritten und auch politisch gewollt. Allerdings bedarf es auch hierzu einer **Änderung des Grundgesetzes**, natürlich im Rahmen der Föderalismusdebatte; vorher greift die gegebene Rechtsnorm im Grundgesetz nicht, wenn eine verbindliche Konsultation der Länder erfolgen soll. Insofern ist der Wille gut, aber die Entscheidung der Länderkammer, also des Bundesrates, ob die Kontrolle ausgeübt werden soll, kann auf Antrag eines Landes herbeigeführt werden. Allerdings gibt es, ergänzend zu dem, was der Minister gesagt hat, auch die Möglichkeit des Vetos, sodass ein Land dagegen Einspruch einlegen kann. Allerdings liegt das in der Entscheidung der Landesregierungen.

Ich freue mich sehr, Herr Minister Döring, dass Sie sagen, das Parlament solle dann in der Kürze der Zeit entscheiden. Allerdings wollen wir uns doch nichts vormachen und nicht darüber hinwegreden, dass die Entscheidung darüber, wie im **Bundesrat** vorzugehen ist, immer noch Sache der **Exekutive** ist und dass der Föderalismus an dieser Stelle auch nicht geändert ist. Bei aller Liebe zur selbstständigen parlamentarischen Entscheidung und trotz des Hinweises auf Artikel 22 unserer gemeinsamen Landesverfassung will ich doch darauf hinweisen, dass sich ein Parlament und insbesondere der Europaausschuss davor hüten muss zu meinen, man könne alles kontrollieren.

Herr Minister, Sie haben so nett mitgeteilt, Sie gäben jetzt alle Informationen. Das mag man, salopp gesagt, auch als ein Zuschütten begreifen können. Ich denke, wir sollten einen inhaltlich ausgewogenen Mittelweg finden, aber wir sollten uns auch gemeinsam darin einig sein, dass die Gewaltenteilung erhalten bleiben muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bedanke mich bei der Kollegin Lütkes für den konzentrierten Beitrag und erteile nunmehr für die Abgeordneten des SSW der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem gescheiterten Verfassungsvertrag ist, denke ich, alles gesagt worden. Zu dem vorliegenden Antrag von

(Anke Spoorendonk)

CDU und SPD nur noch ein paar ergänzende Bemerkungen.

In dem Antrag geht es darum - das wissen Sie alle -, die Landesregierung zu bitten, dem Parlament ein geeignetes Beteiligungsverfahren zu unterbreiten. Ich denke, das hat der Europaminister gerade gemacht.

Es geht um die Einhaltung des **Subsidiaritätsprinzips**. Subsidiarität heißt ja, dass sich die Ebene, die den Bürgern am nächsten ist, mit einer Maßnahme zu befassen hat. Man darf nicht vergessen, dass Ausgangspunkt dieser Betrachtung die Bürgerinnen und Bürger sind. Das heißt, die grundsätzliche Frage lautet: Was ist bürgernah? Damit ist nicht die geographische Entfernung zu Brüssel gemeint, sondern es geht ganz einfach um nachvollziehbare Entscheidungen und auch um klare Kompetenzen der EU.

Dazu noch zwei Grundsätze, die wir aus Sicht des SSW im Auge behalten sollten.

Erstens. Eine klare **Zuständigkeitsaufteilung** und strikte **Kompetenzgrenzen** - das muss weiterhin unsere Forderung sein. Es muss also klar definiert werden, wofür die EU künftig zuständig sein soll, wofür die Nationalstaaten und wofür die Regionen zuständig sind. Ich will das nicht weiter vertiefen, denn ich denke, es herrscht Einigkeit in diesem Haus darüber, dass es für die Akzeptanz der EU wichtig ist, dass wir diese Kompetenzabgrenzung erreichen.

Zweitens. Der grundlegende Webfehler des deutschen Föderalismus darf in diesem Kontext nicht wiederholt werden. Auch das ist schon angesprochen worden. Sie wissen: In Deutschland wurden die Zuständigkeiten zulasten der Legislative in den Ländern zugunsten der Exekutive zu den Landesregierungen in den Bundesrat verschoben. Es ist zu wünschen, dass dies wieder in Bewegung kommt, wenn wir hoffentlich bald eine neue **Föderalismusdebatte** bekommen. Denn das ist der Hauptgrund für die politische Starre dieser Berliner Republik.

Das Ringen um politische Lösungen muss also aus den verschlossenen Räumen - ob nun aus den Räumen der EU-Kommission oder des Vermittlungsausschusses - wieder in die Parlamente zurückkehren. Nur so, denke ich, haben die Bürger eine Chance, politische Konflikte und auch Kompromisse nachzuvollziehen. Ansonsten fühlen sie sich wie bisher als Opfer technokratischer Sachzwänge und verweigern dann auch die Gefolgschaft.

Der SSW weiß sehr wohl, dass der Landtag nicht Herr des Verfahrens ist. Aber aus den anderen Debatten ist bereits hervorgegangen: Europa ist uns so wichtig, dass wir uns mit einem möglichst reibungslosen **Beteiligungsverfahren** beschäftigen und dies auch einfordern wollen. In diesem Sinne stimme ich dem Europaminister zu, wenn er sagt, der Europaausschuss müsse Dreh- und Angelpunkt dieses Beteiligungsverfahrens sein.

Angestoßen vom Kollegen Fischer hat es schon einmal eine Debatte darüber gegeben. Diese Debatte hat leider kein Ergebnis gehabt. Sie muss wiederholt und angereichert werden. Ich denke, wenn wir uns mit den Anträgen und mit der Debatte heute selbst ernst nehmen wollen, dann müssen wir nach dem Motto verfahren: Wer A sagt, muss auch B sagen. Dann darf der Europaausschuss nicht nur bestimmte Dinge zur Kenntnis nehmen, sondern er muss sich möglichst früh an dem Verfahren beteiligen und dem Minister nicht nur unter die Arme greifen, sondern ihn auch in seiner Arbeit kontrollieren. So läuft es ja.

Letzte Bemerkung! Ich denke, es ist wichtig, dass wir auch auf Bundesebene endlich einen Europaminister oder eine Europaministerin bekommen.

(Beifall bei SSW, SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bedanke mich auch bei der Kollegin Spoorendonk für diesen wirklich ganz knapp gefassten Beitrag.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht zur ausführlichen und abschließenden Beratung an den Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich bedanke mich bei allen für die zum Schluss wieder rege Teilnahme an der Europadebatte.

Die nächste Tagung, die 7. Tagung des Landtages, wird am 9. November 2005 um 10 Uhr beginnen.

Ich darf Ihnen allen eine angenehme, erholsame sitzungsfreie Zeit und ein schönes Wochenende wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12:50 Uhr